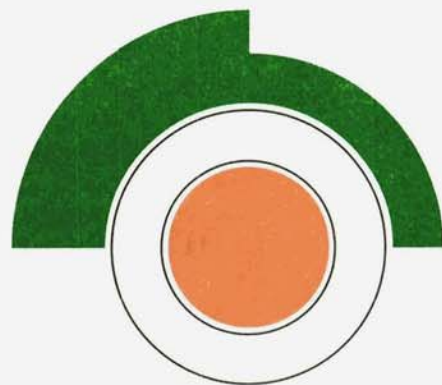


Nordrhein-Westfalen Landtag intern 16



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 23. Jahrgang, 11. Wahlperiode, 6. 10. 1992

WORT UND WIDERWORT

Mehr Klimaschutz durch höhere Energiepreise?

Mehr Klimaschutz lasse sich nur durch weniger Energieverbrauch erreichen. Seine Senkung werde in einer modernen Industriegesellschaft viel wirksamer mit ökonomischen Instrumenten wie Steuern und Abgaben erreicht als mit staatlichen Eingriffen wie Verboten, Vorschriften oder Grenzwerten. Man brauche also eine allgemeine Energiesteuer, die zu einer schrittweisen Preiserhöhung für alle nicht erneuerbaren Primärenergien führe. Diese Auffassung vertritt der SPD-Abgeordnete **Ernst-Otto Stüber**. Die CDU-Abgeordnete **Dr. Annemarie Schraps** betont, um der Schädigung der Ozonschicht und der Gefährdung des Klimas durch sogenannte Treibhausgase entgegenzuwirken, sei ein europaweites, ja internationales Konzept von Gesamtmaßnahmen erforderlich, zu denen in erster Linie einschneidende Einsparungen bei den fossilen Energieträgern gehörten. Dieses Konzept müsse international sein, um die Wettbewerbschancen der deutschen Wirtschaft zu erhalten. Der F.D.P.-Abgeordnete **Hans-Joachim Kuhl** unterstreicht, grundsätzlich wäre gegen die Steuerung zu umweltgerechtem Verhalten durch eine erhöhte Mineralölsteuer nichts einzuwenden. Voraussetzung dafür müßte aber sein, daß die Gelder zweckgebunden eingesetzt würden. Wegen des globalen Ausmaßes und aus Gründen der Wettbewerbsgerechtigkeit müßten aber auch andere Länder mitziehen. Das gelte besonders für die Europäische Gemeinschaft. Der GRÜNEN-Abgeordnete **Dr. Manfred Busch** erklärt, Klimaschutz sei nur möglich, wenn der Energieeinsatz drastisch verringert werde. Dies sei jedoch nicht geschehen, im Gegenteil: der Verbrauch von Brennstoffen habe in den letzten Jahren sogar noch zugenommen. Es fehle jeglicher ökonomischer Anreiz zum Energiesparen. Die Benzinpreise lägen heute real unter denen von 1972. (Seite 2)

Hauptausschuß und Sportausschuß hörten Experten an Sport muß in Landesverfassung

Fünf von sechs Sachverständigen haben sich bei einer gemeinsamen Anhörung des Hauptausschusses sowie des Sportausschusses unter der Leitung ihrer Vorsitzenden Reinhard Grätz und Hans Rohe (beide SPD) für die Aufnahme des Sports als Staatszielbestimmung in die nordrhein-westfälische Landesverfassung ausgesprochen.

Grundlage der Anhörung waren Gesetzentwürfe von CDU und SPD. Der Kölner Rechtswissenschaftler Prof. Dr. Dr. Klaus Stern verwies auf das Einvernehmen über die Verankerung. Strittig sei nur, an welcher Stelle eine solche Norm aufgenommen werden solle. Er sprach sich dafür aus, Sport in der Verfassung „beim Begriff Kultur“ anzusiedeln.

Der Regensburger Rechtsprofessor Dr. Udo Steiner betonte, dem Sport und der Sportförderung Verfassungsrang einzuräumen, sei verfassungspolitisch geboten. Sport stehe anderen Lebensbereichen wie Kunst und Kultur nicht nach.

Gegen eine Aufnahme in die Landesverfassung plädierte nur der Magdeburger Sport-

wissenschaftler Dr. Michael Klein. Er verwies auf Gewalt und Verletzungen im Gefolge von Sport und nannte diesen einen „Naturfresser“ und „Umweltschädiger“.

Fortsetzung Seite 21



Kinder im Parlament: Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe begrüßt junge Gäste (Seite 3).

Die Woche im Landtag

Haushalt

Einen „schlanken Staat“ wünschte sich die Opposition bei der 1. Lesung des Haushaltsentwurfs 1993. Das SPD-Regierungslager unterstrich den Willen zur Konsolidierung. (Seite 5)

Abschiebepaxis

Die CDU befürwortet eine drastische Abschiebepaxis bei straffällig gewordenen Ausländern. SPD und Grüne erhoben Bedenken. (Seite 10)

Strukturwandel

Bei der Strukturpolitik sind sich die Fraktionen in Einzelbereichen einig. Über den Strukturwandel als Ganzes gehen indessen die Ansichten auseinander. (Seite 13)

Schulmitwirkung

Die Ausweitung der Schulmitwirkung durch zwei Gesetzentwürfe stand im Mittelpunkt einer Anhörung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung. (Seite 15)

Kammergesetz

Nach dem Vorbild der Architekten sollen sich auch die Ingenieure im Bauwesen zu einer eigenen Kammer zusammenschließen können. In einer Anhörung des Wohnungsbauausschusses fand das Vorhaben weitgehend Zustimmung. (Seite 16)

Fernsehnorm

Mit Skepsis hat der Hauptausschuß auf die Ankündigung der EG reagiert, die umstrittene Fernsehnorm D2 MAC unterstützen zu wollen. (Seite 17)

WORT UND WIDERWORT

Höhere Energiepreise sind ein Innovationsanreiz

Von
Ernst-Otto Stüber

Mehr Klimaschutz erreichen wir nur, wenn wir zukünftig weniger Energie verbrauchen. Eine Senkung des Energieverbrauchs läßt sich in einer modernen Industriegesellschaft viel wirksamer mit ökonomischen Instrumenten, wie Steuern und Abgaben, erreichen als mit staatlichen Eingriffen, wie Verboten, Vorschriften oder Grenzwerten.

Wir brauchen also eine allgemeine Energiesteuer, die zu einer moderaten, schrittweisen Preiserhöhung für alle nicht erneuerbaren Primärenergien führt. Ich verspreche mir hiervon folgende Vorteile:

- Höhere Energiepreise sind ein wirksamer Innovationsanreiz: Sie fördern moderne Technologie für eine ratio-

SPD: Höhere Energiepreise fördern rationelle Verwendung

nelle Energieverwendung und führen damit zu einer Steigerung der Energieeffizienz. Das ist gut für die Umwelt, das fördert die internationale Konkurrenzfähigkeit und nützt langfristig auch der Arbeitsplatzentwicklung

- Höhere Energiepreise fördern die Wettbewerbsfähigkeit erneuerbarer Energiequellen, wie Wind-, Wasser- oder Solarenergie.
- Höhere Energiepreise fördern die Wettbewerbsfähigkeit des Faktors Arbeit, wenn die höheren Steuereinnahmen auf Energie langfristig auch dazu eingesetzt werden, die Arbeitskosten zu senken bzw. stabil zu halten. Bisher war es immer so, daß menschliche Arbeit immer teurer wurde, Energie relativ immer billiger. Diese Entwicklung kann so nicht weitergehen.

Im Landtag haben sich alle Parteien für eine EG-einheitliche Energiesteuer ausgesprochen. Auch auf Bundesebene besteht hierüber weitgehend Konsens. Jetzt ist die EG gefordert!

Von
Dr. Annemarie Schraps

Zu den zentralen Bedrohungen unserer Welt gehören die Schädigung der Ozonschicht und die Gefährdung des Klimas durch die sogenannten Treibhausgase, deren Übermaß in der Atmosphäre eine Temperatursteigerung zur Folge haben. Eine der Hauptursachen für den Treibhauseffekt sind die Kohlendioxid-Emissionen fossiler Energieträger wie Kohle, Mineralöl und Gas. Mit dem vorausgesagten globalen Anstieg der Temperatur um 2,5 Grad Celsius in den ersten Jahrzehnten des kommenden Jahrhunderts ist eine dramatische Entwicklung zu erwarten. Allein Nordrhein-Westfalen verursachte 1989 mit ca. 330 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen mehr als ein Drittel aller CO₂-Emissionen der alten Bundesrepublik und trägt damit erheblich zum Treibhauseffekt bei.

Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, ist ein europaweites, ja internationales Konzept von Ge-

CDU: Energieverteuerung nur eine Maßnahme im Gesamtkonzept

samtmaßnahmen erforderlich, zu dem in erster Linie einschneidende Einsparungen bei den fossilen Energieträgern gehören. Dieses Konzept muß international sein, um die Wettbewerbschancen der deutschen Wirtschaft zu erhalten. Von besonderer Bedeutung wird die konsequente Förderung erneuerbarer Energien wie Wind und Sonne sein. In dieses Gesamtkonzept gehören selbstverständlich auch ordnungsrechtliche (zum Beispiel die geplante Verordnung zur Wärmenutzung) und fiskalische Maßnahmen wie Energiepreiserhöhung, die Einführung einer EG-weiten, kombinierten CO₂-Energie-Steuer bzw. -Abgabe, Steuererleichterungen bei energieeinsparenden Hausmodernisierungen u. v. m. Weiterhin muß Energieeinsparung durch Erhöhung der Nutzungsgrade gefördert werden. Da der Verkehr einer der Hauptenergieverbraucher ist und 22 Prozent aller CO₂-Emissionen verursacht, ist auch eine Anhebung der Mineralöl- und Kfz-Steuer, die in eine emissionsbezogene Steuer umgewandelt werden sollte, unvermeidbar.

Wie gezeigt, reicht Energieverteuerung allein für besseren Klimaschutz nicht aus, sondern kann nur eine notwendige Maßnahme in einem internationalen Gesamtkonzept zum Schutze des Klimas sein.

Von
Hans-Joachim Kuhl

Wenn vom Klimaschutz die Rede ist, muß immer eine globale Strategie verfolgt werden, denn nur sie kann zur Lösung des Klimaproblems beitragen. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß Nordrhein-Westfalen lediglich einen Anteil von rund 1,5 Prozent des weltweiten CO₂-Ausstoßes hat. Verfolgt man das Ziel einer 25- bis 30-prozentigen CO₂-Reduktion, würde das bei einem Aufwand von zig Milliarden Mark lediglich eine Reduktion von maximal 0,45 Prozent des Gesamtausstoßes bringen. Damit stellt sich immer wieder die Frage des Grenzwertnutzens.

Grundsätzlich wäre gegen die Steuerung zu umweltgerechtem Verhalten durch eine erhöhte Mineralölsteuer nichts einzuwenden. Voraussetzung dafür müßte aber sein, daß die Gelder zweckgebunden eingesetzt werden.

FD.P.: Globale Strategie muß verfolgt werden

Wegen des globalen Ausmaßes und aus Gründen der Wettbewerbsgerechtigkeit müßten aber auch andere Länder mitziehen. Dies gilt besonders für die Europäische Gemeinschaft. Nicht nur höhere Energiepreise können zu einem gewünschten Erfolg führen. Ebenso kann die Auswahl des Primärenergieträgers (Kohle, Öl, Gas, Atomenergie) eine entscheidende Rolle bei der CO₂-Reduktion spielen.

Intelligente Verkehrsmaßnahmen sowie die Umstellung auf energiesparende Produktionsverfahren könnten ebenfalls zu gewünschten umweltschonenden Effekten führen. Zusätzlich liegt noch ein erhebliches Energieeinsparpotential im Gebäudebereich und den Haushalten vor. Hier müssen effektive Programme entwickelt werden, um auch die Verbraucher an das Energiesparen zu gewöhnen. Die Entwicklung und Förderung erneuerbarer Energiequellen ist ebenfalls weiterhin zu forcieren.

Letztendlich wäre zu überdenken, ob nicht mit wesentlich weniger Mitteln wesentlich mehr für den Klimaschutz getan werden kann, wenn ältere Anlagen, besonders im Bereich der Kohleverfeuerung, in den östlichen Ländern nachgerüstet würden.

Von
Dr. Manfred Busch

Die Klimakatastrophe schreitet immer schneller voran. Hauptursache: Die Verbrennung von Kohle, Öl, Benzin und Gas. Klimaschutz ist nur möglich, wenn der Energieeinsatz drastisch verringert wird. Dies ist jedoch nicht geschehen, im Gegenteil: Der Verbrauch von Brennstoffen hat in den letzten Jahren sogar noch zugenommen. Warum? Die Politikerinnen und Politiker denken nur bis zur nächsten Wahl. Sie fürchten den Widerstand der Industrie und den Protest von Autofahrern und Verbrauchern.

Es fehlt jeglicher ökonomischer Anreiz zum Energiesparen. Im Gegenteil: Die Benzinpreise liegen heute real unter denen von 1972, gleichzeitig ist der öffentliche Personenverkehr in einem schlechteren Zustand als vor 20 Jahren. Daher kann es nicht verwundern, wenn heute mehr Auto gefahren wird als je zuvor.

Nach übereinstimmender Ansicht von Fachleuten verursacht das Au-

DIE GRÜNEN: Arbeitsschutz und intelligente Wirtschaftspolitik

to pro Jahr mindestens 80 Milliarden Mark an Folgekosten. Würden diese Kosten dem Autoverkehr angelastet, würde der Benzinpreis also „die ökonomische Wahrheit sagen“, dann müßte er auf über fünf Mark pro Liter ansteigen. Dies wäre für viele Menschen eine schwere Belastung. Daher müssen die schrittweisen Erhöhungen der Energiepreise gekoppelt werden mit sozialen Ausgleichszahlungen für die, die auf das Auto angewiesen sind. Wir Grüne schlagen die Einführung eines Verkehrsgeldes (analog zum Wohngeld) vor.

Würden die dann noch übrigbleibenden zusätzlichen Staatseinnahmen (mehr als 100 Milliarden Mark pro Jahr) in den öffentlichen Personenverkehr investiert, dann wäre der massenhafte Umstieg vom Auto machbar und zumutbar.

Durch Investitionen in Energiesparttechnologien (z. B. Nah- und Fernwärme) würden die Energiekosten pro Haushalt (Preis mal Menge) sinken – trotz höherer Energiepreise. Die heutige Energieverschwendung fällt auf uns alle zurück, zwar nicht durch hohe Energiepreise, aber durch galoppierende Kostensteigerungen bei Frührenten, Krankheitskosten, Gebäudeschäden, Trinkwasseraufbereitung, Entwässerung, Abfallbeseitigung... Unökologische Politik erweist sich also am Ende auch als unökonomische und unintelligente Politik.

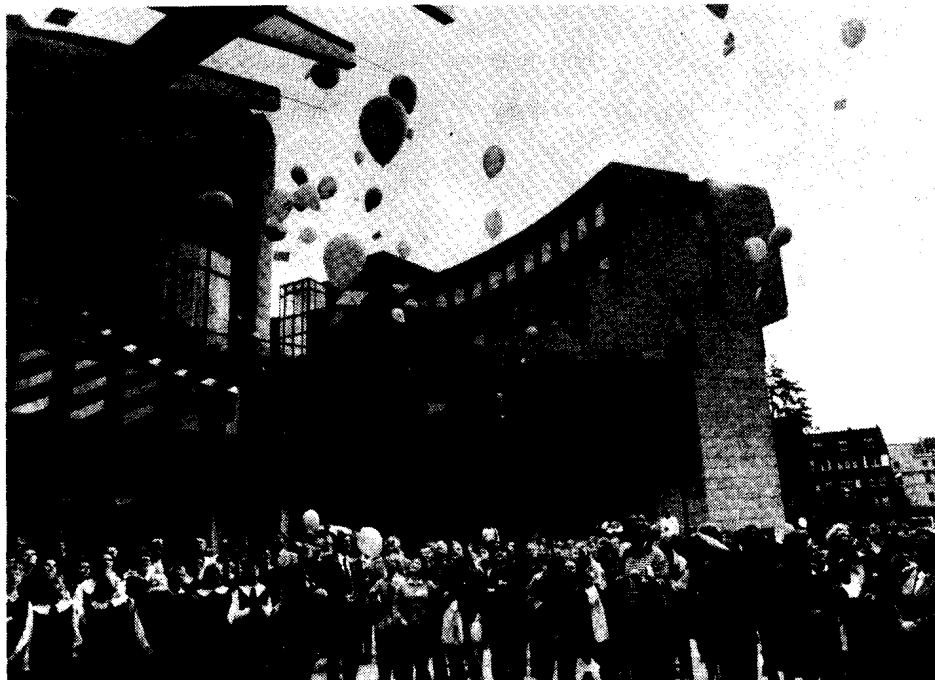
„Fast schon reif für eine Experten-Anhörung!“ befand Ausschußvorsitzender Erich Heckelmann (SPD) die rund 250 Schülerinnen und Schüler, die aus fünf Städten anlässlich des Weltkindertags in den Düsseldorfer Landtag gekommen waren, um mit Abgeordneten zu diskutieren. Das Motto „Kinder verändern die Stadt — für ein kinderfreundliches Wohnumfeld“ regte die Jugend vor allem zu Gedanken über den wachsenden Autoverkehr an. Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe nahm sich auch am Nachmittag für die jungen Besucher Zeit. In ihrer Begrüßungsansprache setzte sie sich für Kindersprechstunden möglichst in jedem Rathaus ein. Wörtlich führte sie aus:

„Düsseldorf ist für viele Kinder viel zu weit weg. Hinzu kommt, daß sich die meisten Wünsche und Sorgen auf den jeweiligen Wohnort beziehen. Deshalb, so wurde von vielen Kindern gefordert, muß es die Möglichkeit geben, auch im jeweiligen Heimatort den oder die richtigen Gesprächspartner zu haben.

Was lag also für die Schülerinnen und Schüler näher, als mich damit zu beauftragen, dafür zu sorgen, daß in allen Städten und Gemeinden des Landes Nordrhein-Westfalen von den Bürgermeisterinnen oder Bürgermeistern Kindersprechstunden abgehalten werden. Natürlich bin ich diesem Auftrag nachgekommen. Ich habe also alle Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister in den Großstädten und alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in den mittleren Städten und Gemeinden angeschrieben und sie darum gebeten, solche Kindersprechstunden doch abzuhalten.

Tja, und ich muß Euch sagen: Ich war schon überrascht, in wie vielen Städten und Gemeinden bereits solche Sprechstunden für Kinder angeboten werden. Etliche Gemeinden bieten neben den Kindersprechstunden auch weitere Mitwirkungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche an. So gibt es in mehreren Städten bereits auch sogenannte Kinderparlamente.

Eine Abordnung des Kinderparlaments aus Mülheim ist heute unter uns. Die Stadt Köln hat ein Amt für Kinderinteressen eingerichtet. Zu den Aktivitäten dieses Amtes gehört der Aufbau einer Rathausschule. Deren Aufgabe wird darin bestehen, jungen Menschen den Aufbau von Rat und Verwaltung zu erklären und den Ablauf politischer Entscheidungsprozesse darzustellen.



Ein Luftballon-Wettbewerb beendete den Auftakt zu „Kinder im Parlament“ am Weltkindertag auf dem Landtagsvorplatz, wo Präsidentin Ingeborg Friebe Schülerinnen und Schüler aus fünf Städten begrüßt hatte. Auf der linken Bildhälfte Mitglieder des Schulchors der Mädchenschule Selm, des größten Kinderchors von NRW, der anschließend im Foyer Jugendlieder in drei Sprachen sang.

Präsidentin begrüßte „Kinder im Parlament“

Schuljugend fühlte sich im Landtag wohl

Bei der Stadt Bochum wurde ein Büro für Kinder gestaltet, in dem ein Mitarbeiter, genannt „Robin Hood“, für ihre Sorgen, Beschwerden und Anregungen zur Verfügung steht.

Neben diesen positiven Beispielen kann ich aber auch nicht unerwähnt lassen, daß einige Gemeinden und Städte auf mein Schreiben nicht geantwortet haben, darum müssen wir weiter am Ball bleiben. Ich halte es für außerordentlich wichtig, daß Kinder und Jugendliche jederzeit die Möglichkeit haben, mit Politikern zu sprechen und daß sie von Politikern ernstgenommen werden.“

„Wie in einer richtigen Plenarsitzung“ gratulierte Präsidentin Friebe nach der Begrüßung zuerst den Geburtstagskindern, darunter der Mülheimer Kinder-Oberbürger-

meisterin Nicole Lanz, die an diesem Tag ihren 15. Geburtstag feierte.

Mehr als eine Stunde lang hatten Schülerinnen und Schüler der Gesamtschule Gummersbach, des Ev. Stiftsgymnasiums Gütersloh, der Fritjof-Nansen-Realschule Castrop-Rauxel, der Gemeinschaftshauptschule Issum und der Geschwister-Scholl-Schule Radevormwald dann das Wort. Der Vorsitzende des Kinderausschusses Erich Heckelmann (SPD) moderierte aus dem Rundparkett heraus mit einem schnurlosen Mikrophon. Abgeordnete aus dem Jugendausschuß, dem Umwelt-, dem Städtebau- und dem Verkehrsausschuß sowie der Kinderbeauftragte der Landesregierung Dr. Reinald Eichholz, mitten zwischen die Schüler an Luftballons plazierte, hielten sich mit

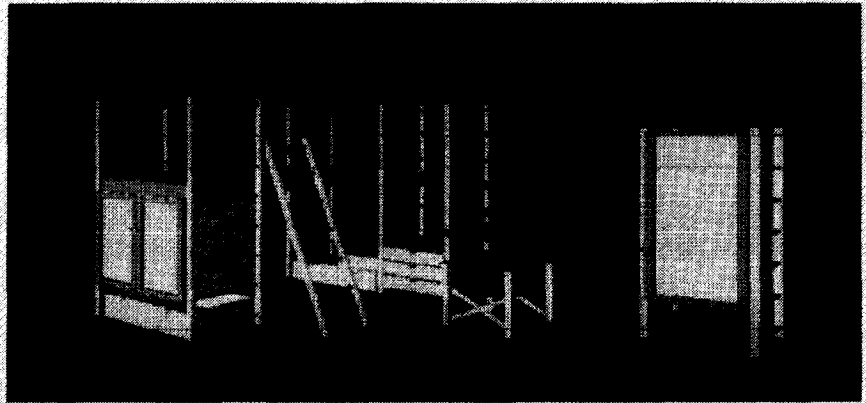


Im vollen Plenarsaal leitete der Vorsitzende des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie Erich Heckelmann (SPD) die Diskussion mit Abgeordneten, die an Luftballons plazierte waren. Bei vielen Fragen ging es um den Autoverkehr in der Stadt.

Fotos: Schüler



"Kinder im Parlament"



Sven, Markus, Tobias

CAD Entwicklungs- und Teststelle
beim Finanzbauamt Düren
in Zusammenarbeit mit
ICAADS und Fa. IBC KOELN

„Stadt der Sinne“ hatten die Freizeitpädagoginnen der Sporthochschule Köln ihr Angebot genannt, linkes Bild: Balancierbrett-Übungen, re: „Wir planen unser Wunsch-Zimmer“, eine Computer-Simulation mit dem Finanzbauamt Düren, die regen Zuspruch fand.

eigenen Reden zurück, um der Jugend zuzuhören. Mitarbeiter der Landtagsverwaltung vom Ausschußdienst und von der Technik reichten Mikrofone an die Schüler weiter, die ohne Scheu Name und Herkunft (für das stenografische Protokoll) nannten, bevor sie ihre Frage stellten. Der lebhaftige Dialog veranlaßte den Grünen-Geschäftsführer Dr. Michael Vesper zu der Überlegung, auch im Parlament der Großen auf die Übertragungstechnik zu verzichten.

Beim Thema Autoverkehr ging es wie bei den Erwachsenen nicht ohne Widersprüche ab: „Sie rasen wie die Verrückten“, „ich traue mich nicht, mit dem Rad zu fahren“, „wir haben nicht mal einen Zebrastreifen“ wurde geklagt. Aber auf die Frage von Abgeordneten, ob sie denn später auf das Auto verzichten würden, kam von Felix (12) ein deutliches Nein: „Ich liebe Autos und würde auch fahren, wenn der Sprit zwei Mark kostet.“ Julia: „Unser Auto war in der Werkstatt, es war katastrophal!“ Ein Schüler: „Busfahren ist zu teuer“. Einige brachten positive Erfahrungen aus dem Ausland ein.

Manche dachten weiter. Tanja: Wenn es nicht so viele Jugendzentren in einer Stadt gäbe, könnte viel Hin- und Herfahren ver-

mieden werden. Torsten: Je mehr Ampeln es gibt, desto mehr Schadstoffe werden ausgestoßen. Ansgar: Optische Straßenverengung sei besser als ein Schilderwald. Konni aus Wuppertal würde selbst mithelfen, den Müll aus der Wupper zu räumen.

Nach der Plenarsitzung sorgte Eurest im Landtagsrestaurant für das leibliche Wohl. Außer der Würstchenspende von der Fleischerinnung verteilten die Küchenmitarbeiterinnen rund 500 Portionen Pommes, 400 Fischstäbchen, 200 Hamburger, rund 250 Liter Getränke und 2700 Kugeln Eis aus. Wegen zeitweisen Andrangs am Eisstand wurde auch noch die Kühltruhe mit abgepacktem Eis geplündert. Am Salat- und Nachtschbüffett war Selbstbedienung angesagt. Bis zum Ende des Programms waren die nahrhaften „Aktionen“ gefragt.

In wochenlanger Organisation hatte die Assistentin des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie, Regierungsamtfrau Heike Reinecke, außerdem für ein abwechslungsreiches Angebot lehrreicher Beschäftigung mit einigen seltenen „Leckerbissen“ gesorgt. In der Aktions-Ecke „Wie würden wir unsere Umgebung gestalten?“ wurde mit Papier und Filzstift teils das Ple-

narthema Stadtverkehr fortgesetzt: „Mehr Ampeln! Keine Baustellen! Mehr Spielplätze! Mehr Fahrradwege!“

Auch die Themen Umwelt und Schule spielten eine Rolle. In einen „Vertretungsplan“ hatten drei Schülerinnen den größten Fleiß investiert: Alle Lehrer krank, die Vertretungen auch, „Wozu jeden Tag sieben Stunden, wir lernen ja eh nix“, hieß es da.

Ein Crash-Stuhl der Verkehrssicherheit, das Aktionstheater „Die Willnichts“, der Jugendchor „TenSing“ aus Lüdenscheid und die Computer-Simulation „Wir richten unser Zimmer ein“ des Finanzbauamts Düren hatten regen Zulauf. Das Freizeitinstitut der Sporthochschule Köln bot ein „Haus der Sinne“ (zum Fühlen, Hören, Riechen), eine „Höhle der Sinne“ (Materialerkennen mit bloßen Füßen) und Bewegungsgeräte an: Pedalo, Drehscheibe, Balancierbrett, Gleichgewichtsscheiben, Wipproller und gegengleiches Fahrrad. Diese Geräte werden auch für private Spielfeste ausgeliehen.

Beim Tempolimit kein Konsens

In einer auswärtigen Sitzung bei der Bundesbahndirektion Köln nahm der von Hans Jaax (SPD) geleitete Verkehrsausschuß am 24. September den CDU-Antrag „CO₂-Reduktion und Infarktvermeidung im Verkehrsbereich“ (Drs. 11/3464) einstimmig an. Darin empfehlen die NRW-Verkehrspolitiker nun übereinstimmend ein Bündel von Maßnahmen zur Vermeidung von Schadstoffausstoß und zur Verringerung von Staus auf den Straßen: Einführung von Leit- und Informationssystemen, Verknüpfen von öffentlichem und Individualverkehr, mehr Schienenersatzverkehr, bessere Angebote für Radfahrer und Fußgänger, Verhaltensänderungen von Autofahrern, zum Beispiel mehr Fahrgemeinschaften, Güterverkehrszentren, neue „Siedlungsstrukturen der kurzen Wege“.

Kein einheitliches Votum gab es dagegen zu einem umfangreichen, von der SPD vorgelegten Maßnahmenkatalog zur Schadstoffreduzierung und zum Klimabericht NRW, worin auch ein Tempolimit enthalten ist. Die CDU lehnte ebenso ab wie die F.D.P., die statt „Vorrang für den ÖPNV“ die Formulierung „Vorrang für integrierte Verkehrssysteme“ vorgeschlagen hatte. Der GRÜNEN-Fraktion ging der SPD-Antrag insgesamt nicht weit genug.



Schnurlose Mikrofone erleichterten die Verständigung im Plenarsaal, was Abgeordnete zu der Überlegung veranlaßte, künftig auf die eingebaute Übertragungstechnik zu verzichten; Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (l.) und die Kölner Abgeordnete Donata Reinecke (SPD) hören einem jungen Fragesteller zu. Fotos: Schüler

CDU und F.D.P. für schlanken Staat — SPD beklagt „soziale Schieflage“ Haushalt '93: Kindergärten — Wohnungsbau — Kohlerückzug

Hartmut Schauerte (CDU) leitete seine fast einstündige Rede wie folgt ein: „Wir sind das mit Abstand größte, bevölkerungsreichste Land“, was hier geschehe, habe Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche deutsche Lage und auch auf das europäische Umfeld. Im Haushaltsentwurf der Regierung 1993 sollten die Ausgaben um 2,6 Milliarden Mark steigen, 200 Millionen mehr als erwartete Einnahmen sollten ausgegeben werden. Die Netto-Neuverschuldung von 4,3 Milliarden Mark wie im Vorjahr könne nicht hingenommen werden. Investitionen gingen um 2,8 Prozent zurück, Personalausgaben stiegen um 5,8 Prozent. In keinem anderen Bundesland sei die Investitionsquote so drastisch heruntergefahren worden wie in NRW, das Volumen sei niedriger als 1979. Erstaunlich gering sei die Bereitschaft, auf die neue Herausforderung zu reagieren. Notwendig seien ein schlanker Staat mit schmalen Haushalt. Drei Prozent Steigerung seien verantwortlich. Schleußers Haushalte wüchsen immer doppelt so stark wie Possers Durchschnitt. Posser habe in seiner Spätphase 15000 Beamtenstellen abgebaut, Schleußers habe 8000 wieder drauf getan. Erhebliche Defizite gebe es bei innerer Sicherheit, im Bereich Hochschulen und Schulen. NRW-Standards an Hochschulen lägen hinten im Ländervergleich. Wer Wirtschaft nicht entwickle, könne nichts mehr bezahlen. Bei den Schulden sei NRW Bundessieger mit 118 Milliarden Mark, es zahle jährlich 1,8 Milliarden Zinsen. NRW habe in den drei Jahren für die Deutsche Einheit nicht 24, sondern nach redlicher Rechnung nur 3,4 Milliarden Mark ausgegeben. Die Differenz zwischen der SPD- und der CDU-Rechnung beruhe auf dem Abzug der Umsatzsteuer-Mehreinnahmen: „Sie wissen doch genau, daß wir vom Yoghurt bis zum Stahl alles geliefert haben.“ Täuschende Zahlen hießen eine neue Mauer bauen. NRW werde durch die Wiedervereinigung mit 2,5 Prozent seines 77-Milliarden-Haushalts belastet, das müsse gern gegeben werden. Wir bezahlten jetzt die zweite Hälfte der Rechnung des verlorenen Krieges. Nicht die Wiedervereinigung, sondern eigene Schwächen und Fehler seien die Belastung. Statt des Schwarzer-Peter-Spiels sollten gemeinsam die Schwachstellen analysiert werden. 25 Prozent der Bevölkerung lebten in NRW, aber

In der Generalausprache über die Landespolitik anlässlich der Ersten Lesung des Haushaltsentwurfs 1993 am 18. September bemängelten die Haushaltssprecher der Oppositionsfraktionen Hartmut Schauerte (CDU), Rudolf Wickel (F.D.P.) und Dr. Manfred Busch (DIE GRÜNEN) unter anderem die zu hohe Neuverschuldung und falsche Ausgabenschwerpunkte. Schauerte forderte „einen schlanken Staat mit schmalen Haushalt“. SPD-Haushaltsexperte Reinhold Trinius kritisierte die „soziale Schieflage“ bei den Kosten der Deutschen Einheit. Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) betonte, man habe die schwierigste Situation seit Bestehen der Bundesrepublik. Der Haushaltsentwurf (Drs. 11/4200), die mittelfristige Finanzplanung 1992 bis 1996 (Drs. 11/4201) und der Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes 1993 (Drs. 11/4202) sollen nach den Beratungen in den Fachausschüssen und der Schlußberatung im Haushalts- und Finanzausschuß vom Plenum in der zweiten Dezemberwoche in zweiter und am 16. Dezember in dritter Lesung verabschiedet werden.

auch 33 Prozent der Arbeitslosen. Die Kaufkraft pro Kopf der Bürger sei heute in NRW 15 Prozent niedriger als 1970 im Ländervergleich. In keinem anderen Land gebe es ein so dichtes Netz von bürokratischen Bremsstationen. Sozialdemokratisches Denken habe so viele Ebenen der Entscheidung und Verwaltung erzeugt. Der Kohle würden Milliarden geliefert, beim Mittelstand verschließe man sich ebenso wie in den ländlichen Räumen. Bei Konzentration auf die großen Konzerne und die Ballungsschiene werde der Rest nicht mit auf die Reise genommen. 75 Prozent aller Lehrerkosten müßten allein für Zinsen aufgebracht werden. „Zieht Minister aus den Aufsichtsräten zurück!“ Die seien nicht in der Lage, rechtzeitige Korrekturen zu fahren, weil sie zu lange auf ihre politische Klientel Rücksicht nähmen: „Sie können es nicht!“ In Schattenhaushalten türmten sich weitere gewaltige Defizite. Noch nie sei Wirtschaftspolitik so wichtig gewesen wie heute. Gemeinsam solle neu angefangen werden. Die Staatsquote — „das, was den Bürgern abgenommen wurde“ — habe am Ende der Bonner SPD-Regierungszeit 52 Prozent betragen. 45 Prozent unter Kohl seien der Wirtschaft hervorragend bekommen. Die CDU werde neue Sparvorschläge in Höhe von 400 Millionen Mark einbringen. Über all die vielen Landesämter müsse nachgedacht werden. Das zehnte Schuljahr könne freiwillig sein. Wertschöpfung gehe vor Umverteilung. Nur eine Leistungsgesellschaft könne die frühere DDR wieder flottbekommen.

Rudolf Wickel (F. D. P.) sagte ein Minus von elf Milliarden in den öffentlichen Kassen voraus, zudem krisele es in der Republik. Irgendwann habe sich die Politik zu einem

gewaltigen Dienstleistungsapparat entwickelt, der die Wünsche der Bürger vorformuliere und versuche, jeden Wunsch zu erfüllen. Totale Überforderung des Staates sei die Folge. Jedes Maß für das Machbare, Finanzierbare, Vernünftige sei verlorengegangen. Politiker dürften sich nicht länger als Fußabtreter der Nation benützen lassen. Vorhersehbare Haushaltsrisiken der nächsten Jahre ließen Beträge bis zu 1,25 Billionen Mark erkennen, ein jährliches Risikopotential von 32 Milliarden. Der Kapitaltransfer in die neuen Länder versacke überwiegend im Verbrauch. Das könne nicht so weitergehen, sonst werde die deutsche Einheit mit Inflation bezahlt. NRW müsse wirklich sparen. Nach dem Haushaltsentwurf werde für Tempo-30-Zonen, Stadterneuerungen, Fußgängerzonen Geld ausgegeben, für Dinge, die angesichts der neuen Länder nicht mehr verantwortlich seien. Im ÖPNV würden riesige Investitionen getätigt, die bei den Betreibern zu noch höheren Verlusten führten. In der Stadt Bonn würden über 90 Prozent von den Lohnkosten aufgefressen. Jede investierte Mark erhöhe die jährlichen Verluste um zehn bis fünfzehn Prozent. Die F.D.P. sehe im Haushalt noch immer Gefälligkeits- und Luxusausgaben. Solange erkennbare Sparpotentiale nicht ausgeschöpft seien, würden Bürger zur Kapitalflucht und Schwarzarbeit getrieben. Statt Steuern zu erhöhen, müßten durch Steuer-senkung die wirtschaftsbelebenden Kräfte gestärkt werden. Die Schulden dürften nicht einfach den Ländern übergestülpt werden, sonst sei deren Politik zu Ende. Der Handlungsrahmen Personal decke sich mit F.D.P.-Vorstellungen vom schlanken Staat. Zügig solle die Landesregierung auch Ergebnisse des Arbeitsstabs Aufgabenkritik



Den Kurs der Landespolitik lesen die Finanzexperten der Fraktionen aus dem Zahlenwerk des Haushaltsentwurfs ab, hier bei der Ersten Lesung des Landeshaushalts 1993 Mitte September, v.l. Hartmut Schauerte (CDU), Rudolf Wickel (F.D.P.), Reinhold Trinius (SPD), Dr. Manfred Busch (DIE GRÜNEN). Fotos: Schüler

bei Privatisierung und Deregulierung umsetzen. Anliegen der F.D.P. sei die Erhaltung der Wirtschaftskraft: „Schaffen Sie ein Klima des Vertrauens, der Planungssicherheit, der Investitionsbereitschaft!“ forderte Wickel auf und schloß, die Einheit auch in NRW zu erhalten, sei den Streit wert.

Reinhold Trinius (SPD) wiederholte die Schwerpunkte des Haushalts: Kindergärten, Wohnungsbau, Altenplan, Kohlerückzug. Die SPD habe 25 000 Kindergärten und 14 000 Wohnungen mehr pro Jahr durchgesetzt. Beim Altenplan würden 2 000 Pflegeplätze gefördert. Für Strukturwandel und flankierende Maßnahmen beim Kohlerückzug stehe über eine Milliarde bereit. Insgesamt ergebe sich in diesen Bereichen eine Steigerung 1993 um 23 Prozent. Der CDU-Redner Schauerte kenne die Wirtschaft des Landes nicht. 760 000 neue Arbeitsplätze seien überwiegend in Dienstleistungsberufen mittelständischer Betriebe entstanden.



Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (4. v.l.) hat eine Abordnung des Südtiroler Landtags unter Leitung der Vizepräsidentin Rosa Franzelin-Werth (5. v.l.) empfangen. Die Vizepräsidentin des Südtiroler Landtags ist keine Unbekannte in Düsseldorf. Sie war u.a. aktive Teilnehmerin am Europa-Forum 1991 im nordrhein-westfälischen Landtag, das unter der Überschrift „Europa der Regionen“ stand. Links im Bild Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose sowie die CDU-Abgeordnete Otti Hüls.

Foto: Schüler

Da geschehe viel Innovation. Kleine Betriebe drängen überall in Nischen ein. Die SPD trete auch nicht für die Ballungsräume ein, sondern habe in Ostwestfalen-Lippe eigene Kräfte mobilisiert. Durch Verzicht auf neue ausgabenwirksame Gesetze, Abbau freier Zuwendungen, globale Minderausgaben in Höhe von einer Milliarde Mark und Nullrunde beim Personal bemühe sich NRW um einen soliden Haushalt. Der Verkauf von Landesvermögen sei ein abenteuerlicher Vorschlag der CDU. Wenn das Einsparen vor Ort unangenehm werde, müßten auch die Oppositionspolitiker das Notwendige vertreten. Bei den Kosten der deutschen Einheit habe der Bund 45 Milliarden Mark Einnahmen aus den neuen Ländern verschwiegen. Echte Transferleistungen würden mit 24, nicht mit 92 Milliarden Mark erbracht. Den größten Batzen des Transfers trügen die sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer und Arbeitgeber, weder Abgeordnete noch Beamte noch Minister. Über eine soziale Schiefelage müsse nachgedacht werden, ebenso über eine Anlehnung der Sozialhilfe an untere Lohngruppen, denn Arbeit müsse sich lohnen. CDU-Redner Schauerte mache sich zum Parteigänger von Waigel, er sei aber auf die Interessen des Landes verpflichtet. Bei Waigels Finanzverteilung habe

der Föderalismus keinen Bestand. Dagegen berücksichtige Schleußers Konzept sowohl die Interessen von NRW wie der neuen Länder. Mit der Arbeitslosigkeit dort fertig zu werden, sei eine entscheidende Aufgabe der jungen Demokratie.

Dr. Manfred Busch (DIE GRÜNEN) wandte sich zusammenfassend an den Finanzminister: „Ihre Haushaltspolitik resigniert auf der ganzen Linie. Auf keinem Gebiet haben Sie Ansätze gezeigt, wie Sie den Problemen gerecht werden wollen. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Lösung der dringenden sozialen Probleme haben Sie praktisch aufgegeben. Die Zusammenstreichung der Mittel für den Umweltschutz kommt einem umweltpolitischen Offenbarungseid gleich.“ Und mit einem Seitenhieb auf den Umweltminister des Landes meinte er: „Matthiesen ist die Karikatur eines Umweltministers; er springt und brüllt wie ein Löwe – und landet dann immer wieder als

Bettvorleger.“ Wenn 1986 immerhin 1,2 Milliarden für den Umweltschutz im weitesten Sinne ausgegeben worden seien, so betrügen die Mittel im Haushalt 1993 gerade noch die Hälfte, nämlich 627 Millionen Mark; das sei eine „katastrophale Entwicklung“, die zeige, wie „ignorant“ die Landesregierung gegenüber der Umweltzerstörung sei. Nach der Devise „Vergraben und Vergessen“ werde immer mehr Sondermüll in alten Zechen deponiert und das noch als „Recycling“ gefeiert; für Straßenbau würden immer noch 800 Millionen bereitgestellt, aus kurzfristigen Interessen blockiere die Landesregierung die Erhebung von Ökoabgaben. „Business as usual“ kennzeichne den gesamten Landesetat; nichts mache deutlich, daß in ihm die stetig zunehmenden Ängste der Menschen aufgegriffen und die drängendsten Probleme gelöst würden. Er biete keine Antwort auf Fragen, wie Armut und sozialer Abstieg im Westen zu stoppen seien, wie in Ostdeutschland die soziale Tal-fahrt beendet werden solle, wie Flüchtlinge hierzulande menschenwürdig aufgenommen werden können und wie man die wachsende Umweltzerstörung angehen wolle. Das Land tue zu wenig gegen die „Amerikanisierung“ der Sozialpolitik, seinen Anspruch, als soziales Gewissen der Nation

der von Bonn vorangetriebenen Entwicklung entgegenzusteuern, habe es abgelegt. In den vier Kernbereichen der Landespolitik – Kindergärten, Altenpflege, Wohnungsbau und Kohlereionen – sehe die Bilanz traurig aus. Busch stellte das Finanzierungskonzept der Grünen heraus, das die ökologischen Notwendigkeiten berücksichtige und unter anderem Arbeitsmarktgabe, Investitionshilfeabgabe, Kürzung der Rüstungsausgaben, Erhöhung der Mineralölsteuer und Einführung einer Energiesteuer vorsieht wie die Streichung wirtschaftlich sinnloser Steuerprivilegien, den Verzicht auf „Waigel-Steuerergeschenke“ sowie die Erhöhung der Einkommenssteuer für Besserverdienende ab 60 000 Mark Jahreseinkommen anstrebe.

Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) verdeutlichte den Ernst der Lage: „Wir haben die schwierigste Situation seit Bestehen der Bundesrepublik. Der Gesamtstaat hat diese Aufgaben zu lösen. Da ist nichts auf die unterschiedlichen Ebenen zu delegieren.“ Er hoffe, daß sich im Interesse des Landes Wege zu einem gemeinsamen Handeln im Landtag ergäben, ein Stück davon sei in den Debattenreden zum Vorschein gekommen. Es dürfe jedenfalls nicht Realität werden, was der Bundesfinanzminister in seinem Thesenpapier vorgeschlagen habe, daß nämlich von den 30 Milliarden Mark Direkttransfer zwischen den Ländern die Länder mit 22 und der Bund nur mit sieben Milliarden Mark beteiligt sein sollen. „Das stellt geradezu die die Finanzierungs- und die Refinanzierungsmöglichkeiten auf den Kopf.“ Treuhand und Kreditabwicklungsfonds hätten ein Volumen von 370 Milliarden Mark erreicht; der Bundesfinanzminister stelle sich vor, diese Summe auf die öffentlichen Haushalte überzuleiten – je zur Hälfte an Bund und Länder: Je nach Rechenmethode sei NRW dann mit 50 bis 80 Milliarden Mark neuer Schulden beteiligt. Das sei unverantwortlich, befand Schleußer: „Das würde bedeuten, die Transferleistungen im Länderfinanzausgleich und das Bedienen der über Nacht neu auf uns zukommenden Schulden ergäben ein Volumen von 11,3 Milliarden Mark pro Jahr. Dann ist dieser Landtag und wahrscheinlich auch die Landesregierung überflüssig.“

Die CDU sei Gefangene ihrer eigenen Aussage, daß die deutsche Einheit ohne Mehreinnahmen zu finanzieren sei. Aber es sei unausweichlich, daß der Staat Einnahmeverbesserungen brauche; das zu sagen, gehöre für ihn, Schleußer, zu einer ehrlichen Politik. Er halte aber wenig vom Weg des Bundes, zu sparen: Seine Zurückführung der Nettokreditaufnahme sei identisch mit der Reduzierung der Zahlungen an die Länder. Das sei ein einfacher Weg, dem sich aber die Länder verschließen sollten, denn das hieße, daß sie ihrerseits die Probleme an die Gemeinden weiterreichen würden. Zum Beitrag des Landes NRW zur Finanzierung der deutschen Einheit nannte der Minister Zahlen: Die Länder hätten bis einschließlich 1994 über 100 Milliarden Mark Transfers erbracht, NRW sei mit 30 Milliarden beteiligt. Das seien Mittel, die nicht irgendwie zusammengerechnet worden seien, sondern die in den neuen fünf Ländern ausgegeben werden können: „Das ist das Entscheidende“.

Hartmut Schauerte (CDU) erklärte in einem weiteren Redebeitrag, wenn man am Ende feststelle, daß das, was aus den geschichtlichen Zwängen – und hier insbesondere der Wiedervereinigung – auf einen zukomme,

nicht erwirtschaftet werden könne über alle politischen Ebenen der Gesellschaft, dann müsse man auch über eine Steuerfinanzierung reden. Die Frage sei nur: ab wann, wie schnell, und wie weit man da gehen könne. Schauerte formulierte: „Alles, was gespart werden kann, muß gespart werden. Alles, was an Bremsklötzen weg kann, muß weg. Das gilt auch für die neuen Länder.“ Er folgerte: „Wir brauchen einen Pakt für Wachstum und Zukunftssicherung, für den Abbau von bürokratischen Hemmnissen.“ Abschließend forderte er dazu auf, die Zeit zum Umbau des Staates zu nutzen, zu einem schlanke Staat, der auf die wirklich unverzichtbaren Aufgaben konzentriert sei.

Marianne Hürten (DIE GRÜNEN) erinnerte daran, am 26. Juni dieses Jahres sei im Bundestag die Entscheidung zur Novellierung des Paragraphen 218 StGB gefallen. Aber der Kampf um das Selbstbestimmungsrecht der Frauen selbst in der abgeschwächten Form des Gruppenantrags sei noch nicht gewonnen. Weitere Klagen könnten angestrengt werden. Vom Verfassungsgericht könne verlangt werden, die Wirksamkeit der Gesetzesbestimmungen nach einer Frist zu überprüfen. Da sähe es hier in NRW ganz, ganz schlecht aus. Ein Blick in den Haushaltsentwurf zeige: Die regierende SPD habe den Gruppenantrag zwar unterstützt, tue jetzt aber wirklich gar nichts, um ihn auch zu bewahren. Es sei genug Zeit gewesen, sich zu überlegen, woher die Mittel für die neuen sozialen Hilfen kommen sollten, insbesondere die für Schwangerschaftsberatung und Kindertagesstätten. Dem Finanzminister sei anscheinend dazu noch nichts eingefallen.

Brigitte Schumann (DIE GRÜNEN) kritisierte, auf der Basis der neuen Verordnung zum Schullfinanzgesetz, kurz Handlungskonzept genannt, gebe es null neue, zusätzliche Lehrer- und Lehrerinnenstellen für die Schulen in NRW. Dieser Verzicht auf eine bedarfsgerechte pädagogische Lehrerversorgung der Schulen sei das Ergebnis eines Handlungskonzepts, das vorgaukele, es gebe keine Alternative zum Sparkurs. Da aber die Bedarfe von Schulen und die Bedürfnisse von Schülern und Schülerinnen nur verzerrt berücksichtigt würden, Schule also zur Karikatur einer Unterrichtsanstalt in diesem Handlungskonzept werde, könne von einer Effizienzsteigerung der Finanzmittel überhaupt nicht die Rede sein. Alternativen seien nicht geprüft, ja, sie seien sogar mit Tabu belegt worden.

Gemeindefinanzierung

Albert Leifert (CDU) kritisierte, daß der Regierungsentwurf GFG 1993 wiederum nicht den Anforderungen nach Klarheit, Wahrheit und Sicherheit entspreche. Mit vielen größeren und kleineren Tricks, mit Schönfärbereien und schönfärbereischen Vergleichen werde in jedem Jahr versucht, so auch 1993, die Verschlechterung für Städte und Gemeinden zu vernebeln. Der Abgeordnete nannte Beispiele: Durch eine immer kompliziertere Methodik im kommunalen Finanzausgleich würden Kürzungen verdeckt und verschleiert. Ständig zu niedrige Steuereinnahmeschätzungen durch den Finanzminister benachteiligten die Kommunen. Bundesfinanzmittel würden als Landesleistungen für die Kommunen ausgewiesen. Positive Abrechnungsbeträge wür-



„Klang und Raum“ hieß die Herbstveranstaltung im Landtag am 1. Oktober, zu der Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe eingeladen hatte. Mit „Klang und Raum“ sollte der Versuch gewagt werden, durch Musik und Kunst das Landtagsgebäude neu verstehen zu lernen. In der Einladung hieß es, Kunst und Musik veränderten vertraute Seh- und Hörgewohnheiten und setzten Akzente auf Zeit, die zu einem Dialog mit der spannungsreichen Architektur des Landtages herausforderten. Skulpturen aus NRW von der dynamischen Linientigur, Flächenform, plastischen Form mit Körpercharakter bis hin zu zeitkritischen, ironischen Installationen ließen Raumwirkungen und Formkontraste entstehen. Der von der Architektur gestaltete Raum mit seiner scheinbaren Endgültigkeit werde in Frage gestellt durch die Vielfältigkeit der Jazzmusik, die von der Inspiration und Improvisation lebe. Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe erklärte in ihrer Festansprache, Politik solle an diesem Abend nur eine Nebenrolle spielen. Nicht „weil politisch Lied ein garstig Lied“ sei, sondern weil man das Parlamentsgebäude ganz bewußt für andere Einflüsse öffnen wolle. Das entspreche auch der architektonischen Konzeption des Hauses: keine Abschottung der Politik, sondern Öffnung und Offenheit gegenüber anderen. — Bei der Festveranstaltung stellten die Künstler Reinhold Bräuer, William Brauhäuser, Marie Noëlle Dupuis, Klaus Kammerichs, Klaus Kampert, Hermann Kerckhoff und Zbyszczek Oksiuta aus. Es spielten Frank Kölges, Theo Jörgensmann und Jan Kuiper, Frank Wunsch Trio, Kölner Saxophon Mafia und die WDR-Bigband. Die Moderation hatte Dr. Ulrich Kurth, Leiter der Redaktionsgruppe Jazz WDR-Hörfunk. Das Bild zeigt die Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe und den SPD-Abgeordneten Helmut Hellwig (l.) mit dem Künstler Klaus Kammerichs (r.) vor dessen 1975 entstandener Plastik „Eishockey-Mannschaft“. Foto: Schüler

den den Kommunen immer wieder vorenthalten. Belastungen aus der Erfüllung von Landesaufgaben würden den Landschaftsverbänden aufgedrückt. Leifert empfahl unter anderem die Finanzverteilungskriterien zwischen Land und Gemeinden sowie interkommunal in den Grundzügen über mehrere Jahre gesetzlich zu regeln, Zweckzuweisungen so weit wie möglich in allgemeine Zuweisungen oder frei verfügbare Investitionspauschalen umzuwandeln sowie einen neuen ausreichenden Verbundsatz als Anteil der Kommunen an den Steuereinnahmen zu berechnen und festzulegen.

Jürgen Thulke (SPD) sagte, der vom Innenminister eingebrachte Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes 1993, das dazugehörige Solidarbeitragsgesetz sowie die notwendige Änderung des Paragraphen 10 Kommunalabgabengesetz setzten die Kontinuität und Berechenbarkeit der Kommunalfinanzen der letzten Jahre fort. Die Spielregeln seien weitestgehend unverändert geblieben, so auch der kommunale Solidaritätsbeitrag, der im letzten Jahr nach langen Diskussionen als Konstante habe festgehalten werden können, und der auch diesmal als Vorwegabzug unverändert bei 367,5 Millionen Mark liege. Mit 19,8 Milliarden Mark lägen die gesamten Zuweisungen nur knapp unter der 20-Milliarden-Grenze und betrügen damit 25 Prozent des gesamten Landeshaushalts. Die Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden, Kreise und Landschaftsverbände lägen mit 9 984,6 Millionen Mark hauchdünn unter der 10-Milliarden-Mark-Grenze und stiegen gegenüber 1992

wie auch der Landeshaushalt um 3,5 Prozent.

Michael Ruppert (F.D.P.) erklärte, es stimme, daß die Finanzen der Gemeinden zur Zeit durch eine massive Steigerung der Ausgaben gekennzeichnet seien. „Wir stimmen auch überein: So kann das nicht bleiben“, sagte der Abgeordnete. Konsolidierung der Haushalte, aller öffentlichen Haushalte sei angesagt. Er fügte hinzu, die Ausgaben der Gemeinden würden nicht zuletzt bestimmt durch Aufgaben, die sie sich nicht selbst gestellt hätten: Sozialleistungen, Unterbringung von Asylbewerbern, wachsende Anforderungen an den Umweltschutz, Anstieg der Personalkosten durch Tarifverträge, steigende Belastungen durch den öffentlichen Personennahverkehr.

Bärbel Höhn (DIE GRÜNEN), Fraktionssprecherin, merkte an: „Wir wissen ja, die tagtägliche Politik findet tatsächlich in den Kommunen statt. Wir stellen auch zusätzlich eigentlich fest, daß die Tendenz besteht, daß in den Kommunen selber die Probleme nicht mehr gelöst werden können... Kommunen sind eben immer noch Orte, wo Politik gelebt wird.“ Es gehe darum, den Kommunen einen Freiraum zu schaffen, um über Projekte selber entscheiden zu können. Ferner sei die Finanzhoheit der Gemeinden immer stärker eingeschränkt worden. Durch Haushaltssicherungskonzepte und Kontrollen des Regierungspräsidenten könnten Kommunen teilweise über Beträge von 1000 Mark nicht mehr selber entscheiden. Das sei eine Grenze, die für die Kommunen nicht mehr zumutbar sei.

Harte Kritik an Heinemann wegen seiner Äußerungen

Den Antrag der GRÜNEN-Fraktion, „Die fremdenfeindlich und rassistisch motivierten Straftäter dürfen nicht ermuntert werden“ (Drs. 11/4300, neu), hat der Landtag am 17. September in direkter Abstimmung abgelehnt. SPD, CDU und F.D.P. nahmen dagegen einen Entschließungsantrag der SPD (Drs. 11/4365) an.

Daniel Kreutz (DIE GRÜNEN) übte Kritik an den Äußerungen des damaligen Gesundheitsministers Heinemann, der die Sinti und Roma als nicht anpassungswillige Gruppen charakterisiert und damit das Klima gegen diese Menschen in der Öffentlichkeit verschärft habe. Er fragte: Werden damit nicht die Opfer einer rassistischen Politik als Schuldige, als die eigentlichen Täter an den Pranger gestellt? Welche Wirkung haben solche Pauschalanschuldigungen auf latent gewaltbereite Bevölkerungsgruppen? Ist

darin nicht ein Signal der Ermunterung an Gewalttäter zu sehen? Kreutz forderte öffentliches Bedauern und eine Entschuldigung Heinemanns.

Dr. Wilhelm Vollmann (SPD) warf den Grünen vor, mit ihrem Antrag machten sie einen breiten Konsens für eine eindeutige, klare und möglichst breite Verurteilung der abscheulichen Gewalttaten gegen Asylanten und Aussiedler unmöglich. Mit ihrem Antrag versuchten die Grünen eine Instrumentalisierung der Ausschreitungen, wollten eine Diffamierung des ehemaligen Arbeits- und Sozialministers und unternähmen eben doch den Versuch einer parteipolitischen Profilierung in dieser Sache.

Heinz Paus (CDU) nannte den Vorwurf ungeheuerlich, der Minister habe zu weiteren Gewalttaten gegen Ausländer aufgerufen — dem müsse das Parlament entgegen treten. Heinemann sei einsamer Rufer in der SPD des Landes gewesen, der davor gewarnt habe, daß mit dem Mißbrauch des Asylrechts die Akzeptanz für Ausländer in der Bevölkerung zu schwinden drohe. Seit Jahren habe die CDU wirksame Schritte dagegen gefordert, die die SPD aber nicht

ergreifen wollte. „Wir teilen den Abscheu vor dem schlimmen Terror gegen die Asylbewerber“, stellte er fest.

Dagmar Larisika-Ulmke (F.D.P.) unterstützte die Äußerungen Heinemanns, man solle nicht darum herumreden, daß die Probleme mit den Roma und Sinti größer seien als bei vielen anderen Ausländergruppen. Nichts einzuwenden sei gegen die unterschiedlichen Meinungen zu diesen Fragen in den Parteien, sie erwarte aber von Politikern, „daß sie in bestimmten Situationen die Fähigkeit, die Größe und die Kraft besitzen, über das neu nachzudenken, was sie jahrelang gesagt haben“. Es müsse in der Politik zu einer Einigung kommen, damit die Bürger sähen, daß die Politik noch handlungsfähig sei.

Justizminister Dr. Rolf Krumsiek (SPD) zweifelte an der Eindämmung des Asylantenstroms durch eine Grundgesetzänderung, dadurch würden nicht weniger kommen. „Das heißt, wir müssen uns noch viel mehr einfallen lassen“, es sei auch sehr schwierig, eine qualifizierte Mehrheit für eine Verfassungsänderung zu bekommen. Der Minister verurteilte die Ausschreitungen und stellte sich schützend vor die Betroffenen.

Mehr Wohnungen durch weniger Vorschriften

Einstimmig hat der Landtag am 18. September den Antrag der SPD, „Abbau von Vorschriften zur Belegung der Neubautätigkeit im Wohnungsbau“ (Drs. 11/3640), angenommen. Ein Änderungsantrag der Grünen (Drs. 11/3690) war zuvor zurückgezogen worden.

Gerd-Peter Wolf (SPD) sagte, man wolle die im nächsten Jahr zu erwartende Novellierung der Landesbauordnung nutzen, um die Vorschriften zu vereinfachen und Einsparmöglichkeiten zu suchen. Im Sinne von Bürokratismusabbau und Erleichterung von Verfahren sollten Lösungen gefunden werden, „die denen wirklich helfen, die bauen wollen und die das Bauen zu genehmigen haben. Das ist im Sinne der Menschen, die Wohnungen benötigen, die sie heute noch nicht haben.“

Siegfried Zellnig (CDU) machte darauf aufmerksam, seine Fraktion mahne die Novellierung der Bauordnung seit zwei Jahren an. Im übrigen trage die CDU die Vereinfachung der Standards mit und sei auch für die

Berücksichtigung ökologischen Bauens bei den Wohnungsbaufinanzierungsbestimmungen. Er forderte die Landesregierung nachdrücklich zum Handeln auf; Appelle allein, der freifinanzierte Wohnungsbau solle zu zwei Drittel an den erforderlichen 100 000 neuen Wohnungen im Lande beisteuern, nützen nichts, da müsse man schon die Wohnungsbaufinanzierungsbestimmungen und den effektiveren Einsatz der Mittel überprüfen.

Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.) wiederholte sein Urteil von einem der „schwächsten“ Anträge der SPD-Fraktion. Er wies auf die vielen Anträge hin, mit denen seine Fraktion Vorschläge zur Verkürzung der Genehmigungsverfahren gemacht habe, die die Regierung bei der Novelle der Landesbauordnung mit einbeziehen sollte.

Gisela Nacken (DIE GRÜNEN) kündigte an, ihre Fraktion werde ihren Antrag zurückziehen, da beide Punkte daraus übernommen worden seien: „Es ist nun garantiert, daß

außer den ökologischen Schwerpunktsetzungen die frauenpolitischen Aspekte bei der Novellierung der Landesbauordnung eine Rolle spielen werden und daß vor allen Dingen der Frauenbeirat, den es im Ministerium für Bauen und Wohnen gibt, seine Fachkenntnisse in die Beratungen einbringen kann.“

Bauministerin Ilse Brusis (SPD) kündigte für die nächsten Tage einen Referentenentwurf ihres Hauses zur Landesbauordnung an, der zur Anhörung an die Verbände gehe. „Entschieden“ weise sie den CDU-Vorwurf zurück, die Landesbauordnung hätte bereits viel früher novelliert werden können; das scheitere schon daran, „daß ein umfangreicher Teil dieser Novellierung in der Übernahme der Bauproduktenrichtlinie der EG besteht“. Der Vorlauf des Bundes zu seinem Bauproduktengesetz habe abgewartet werden müssen; es sei nun Mitte August in Kraft getreten. Daraus könne man keine Säumigkeit der Landesregierung ableiten; es sei auch nicht so, als habe es im Lande keine Fortschritte im Wohnungsbau gegeben, betonte sie.

Mit Aufforstungen gegen die Zunahme der Treibhausgase vorgehen

Einstimmig hat der Landtag am 18. September den CDU-Antrag „CO₂-Minderung durch standortgerechten Waldbau und Aufforstung“ (Drs. 11/4306) zur weiteren Beratung an den Ausschuß für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz überwiesen.

Karl Knipschild (CDU) wies darauf hin, daß naturnahe Wälder in der Lage sind, pro Hektar mehr als drei Tonnen Kohlendioxid pro Jahr zu speichern. Der Strukturwandel in der Landwirtschaft und die zunehmend aus der landwirtschaftlichen Produktion herausgenommenen Flächen böten sich an, diesen Umstand durch Pflege und Vermehrung des Waldes zu nutzen. Auch bei Altlastenflächen könnte die natürliche Regenerationswirkung des Waldes eingesetzt werden. Knipschild erinnerte in diesem Zusammenhang an ein entsprechendes EG-Programm, das stillgelegte Flächen 20 Jahre lang fördert, wenn sie der Aufforstung zugeführt werden.

Hans Klaps (SPD) sah keinen Anlaß für den Antrag: Für den standortgerechten Waldbau im Lande habe man das Konzept „Wald 2000“ entwickelt, das breite Unterstützung gefunden habe. Wenn es Diskussionsbedarf gebe, dann über die Möglichkeiten, um Förderungsmaßnahmen der EG-Agrarstruktur für die Aufforstung in NRW zu nutzen.

Friedel Meyer (F.D.P.) sah die Notwendigkeit, die Chance der EG-Förderung zu ergreifen und auch Weihnachtsbaumkulturen in der Fläche einzurichten — „immer unter dem Gesichtspunkt für unsere arg gebeutelte Landwirtschaft“. Schließlich würden vier Millionen Weihnachtsbäume pro Jahr eingeführt.

Siegfried Martsch (DIE GRÜNEN) wandte ein, daß die Aufforstung das weltweite CO₂-Problem allein nicht lösen könne: „Wir müssen weiterhin im industriellen Bereich, im Heizbereich und beim Auto dafür sorgen,

daß eine Senkung eintritt.“ Ihm wäre lieber, wenn auf den in Rede stehenden Flächen „nach wie vor in vernünftiger Art Landwirtschaft betrieben“ werden könnte. Wenn Aufforstung, dann aber nicht mit Weihnachtsbäumen, das sei eine „Schnapsidee“.

Landwirtschaftsminister Klaus Matthiesen (SPD) nannte die Aufforstungsmaßnahmen im Lande einen nur bescheidenen Beitrag zu einem globalen Problem; dennoch müsse man alles tun. Die Forderung nach einem Langfristprogramm sei von der Landesregierung längst aufgegriffen worden: „Die Landesregierung wird ab 1993 die Förderkonditionen in Anpassung an die neue EG-Verordnung und an die Fördergrundsätze der Gemeinschaftsaufgabe gestalten“. Ein mögliches Förderprogramm auf Bundesebene sollte ohne zeitliche Begrenzung sein und unter Ausnutzung der EG-Mittel durchgeführt werden.

Steuermehreinnahmen für sinkende Nettokreditemächtigung und die Gemeinden

Landtag beriet in erster Lesung zweiten Nachtragshaushalt für 1992

Das Gesetz über den Zweiten Nachtragshaushalt für 1992 (Entwurf der Landesregierung, Drs. 11/4164) ist am 16. September in erster Lesung beraten worden. Danach wurde es einstimmig an den Haushalts- und Finanzausschuß (federführend) und an die zuständigen Fachausschüsse überwiesen.

Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) nannte als Anlaß für den zweiten Nachtragshaushalt Bundesentscheidungen bei der Strukturhilfe und dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz. „Weiter sind in den Nachtrag Mehrausgaben eingestellt, die auf rechtlichen Verpflichtungen bei gemeinsamen Finanzierungen im Bund-Länder-Verhältnis beruhen“, aufgenommen seien auch die erhöhten Zuweisungen des Landes an die Gemeinden und Gemeindeverbände aufgrund von Steuermehreinnahmen, die in erster Linie zur Absenkung der Nettokreditemächtigung genutzt würden, betonte der Minister und kündigte eine weitere Ergänzungsvorlage an, die unter anderem den Beginn der Überleitung vom mittleren in den gehobenen Polizeivollzugsdienst ab 1992 und eine Mazedonien- und Kroatienhilfe zum Inhalt habe.

Marianne Paus (CDU) begrüßte ausdrücklich die Absenkung der Nettokreditemächtigung: „Dafür bekommen Sie unseren Beifall.“ Bei den Strukturhilfemitteln stellte sie eine Reihe von Unklarheiten fest und verlangte Aufklärung zum Beispiel darüber, ob in diesem Bereich 1991 Haushaltsreste gebildet worden seien und wann die Landesregierung ihre letzte Entscheidung über die Förderliste 1991 zu treffen gedenke. Sie wollte auch wissen, wie die Regierung ihre Entscheidung transparent zu machen gedenke, da im Landeshaushalt die einzelnen Projekte nicht ablesbar seien, weil sie in Form von Sammelnachweisen geführt würden.

Rudolf Wickel (F.D.P.) sah im Bereich der Polizei noch viele Fragen offen: So enthalte der Nachtragshaushalt keinerlei Aussagen über die Kosten der Hebungen im Polizeidienst; es fehle auch ein Satz über eventuelle Kostenneutralität, „da wird man unruhig“. Wickel kritisierte, daß die Mehrbeteiligung der Gemeinden an den Gemeinschaftssteuern nicht in Form von Schlüsselzuweisungen erfolge, sondern als Investitionszuweisungen für Kanalbau- und Stadterneuerungsmaßnahmen — und gerade dies seien „ehemals originäre Landesaufgaben“, die eigentlich aus dem Landeshaushalt zu bestreiten seien. Aber so werde den Gemeinden Geld aus der Schlüsselmasse weggenommen und für Landesaufgaben eingesetzt. Auch dieser Sprecher lobte die durch höhere Steuereinnahmen angestrebte verringerte Nettokreditverschuldung des Landes.

Dr. Manfred Busch (DIE GRÜNEN) fand es „reichlich chaotisch vom Finanzministerium, uns immer wieder mit neuen Vorlagen zu behelligen“. Er qualifizierte es als „oberfaul“, daß mit der Begründung der Konjunkturrisikovorsorge 90 Millionen Mark Verpflichtungsermächtigungen für den THTR in

Hamm-Uentrop in den Nachtragshaushalt eingestellt worden seien; und bei den 150 Millionen Mark zusätzlich für den Steinkohlebergbau sollte einmal dargelegt werden, wozu diese Mittel eigentlich notwendig seien. Er unterstrich die Kritik seines Vorredners in bezug auf die Strukturhilfemittel, die so, wie sie jetzt eingesetzt würden, jeglichen wirtschaftlichen Struktureffekt verlören.

Reinhold Trinius (SPD) wies darauf hin, daß mit dem Nachtragsetat 100 Millionen an Barmitteln zusätzlich für den Wohnungsbau bereitgestellt würden: „Das muß eigentlich die Zustimmung aller in diesem Hause finden.“ Die 334 Millionen zusätzlich für die Abwasserbeseitigung seien ein guter Schritt, der den Gemeinden für die nächsten Haushaltsjahre einen unbürokratischen Weg für die Aufgaben bei der Abwasserbeseitigung eröffne. Trinius machte darauf aufmerksam, „daß von den Steuermehreinnahmen fast alles für zusätzliche Zuweisungen an die Kommunen und für die Absenkung der Nettokreditemächtigung ausgegeben wird“. Dabei handele es sich um 1,135 Milliarden Mark, das seien rund 20 Prozent der beschlossenen Nettokreditemächtigung des Haushaltsgesetzes. Er sehe darin „eine gute Tat“ und ein „Signal für die Finanzmärkte“.

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) warb um Zustimmung für den Vorschlag der Landesregierung, den Anteil des gehobenen Dienstes bei der Polizei auf der Basis des Jahres 1992 bis 1995 zu verdoppeln. „Dies bedeutet, daß pro Jahr dann rund 1750 Stellen für die Umwandlung in den gehobenen Dienst zusätzlich bereitstehen. Wir haben

jedoch keine Stellenvermehrung.“ Wenn man die Beförderungen hinzuzähle und errechne, was bis 1995 im Grunde genommen bereitstehe, „dann kommen fast 10 000 zusätzliche Beförderungen für den gehobenen Dienst heraus“. Das sei angesichts der Gesamtlage der öffentlichen Haushalte eine „großartige Leistung“. Der Minister wörtlich: „Wir wollen nicht die zweigeteilte Laufbahn. Wir wollen aber viel für die Polizei tun.“

Heinz Paus (CDU) umriß das Ziel des CDU-Antrags, daß damit Druck gemacht werden solle, den Willen des Parlaments, 1000 Stellen bei der Polizei einzurichten, endlich umzusetzen. Er sah Diskrepanzen innerhalb der SPD: Zum einen erkläre die Landesregierung, sie habe sich nicht zur zweigeteilten Laufbahn entschließen können, andererseits verkündeten „landauf, landab“ SPD-Fraktionsangehörige, daß eben diese Laufbahn kommen werde. Ob der Minister wirklich vor der Frage stehe, gerechtere Besoldung oder mehr Personal. Für die CDU gebe es nicht dieses Entweder-Oder, für sie sei die innere Sicherheit ein eindeutiger Schwerpunkt. Darum fordere sie die erforderlichen Stellen, die nicht vermeidbar seien und die sich als Konsequenz aus dem Kienbaum-Gutachten ergäben.

Stefan Frechen (SPD) betonte, man habe in den Haushaltsberatungen für dieses Jahr versucht, eine erste Konsequenz aus diesem Gutachten zu ziehen: „Es war haushaltsmäßig nicht mehr einzuarbeiten.“ Die 1000 Stellen für den unterrepräsentierten gehobenen Dienst der Polizei seien ein „erster Abschlag“. Damit habe die Landesregierung den „gordischen Knoten“ durchgeschlagen und eine eindeutige Formulierung gefunden. Zusammen mit weiteren Verbesserungen aus der Ergänzungsvorlage habe die Polizei bis 1995 eine Perspek-

Fortsetzung Seite 13



Der SPD-Abgeordnete Jürgen Schaufuß ist mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet worden. Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (2. v.r.) überreichte den vom Bundespräsidenten verliehenen Orden. In ihrer Laudatio wies die Präsidentin darauf hin, daß der Abgeordnete Schaufuß seit zwölf Jahren Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen sei. Er habe in dieser Zeit in etlichen parlamentarischen Gremien mitgearbeitet. Sie nannte den Ausschuß für Schule und Weiterbildung sowie die Arbeitsgruppe „Förderung von ausländischen Jugendlichen und Aussiedlern“, deren Vorsitzender er sei. Während der gesamten Zeit seiner Landtagszugehörigkeit habe Schaufuß die Politik der SPD-Fraktion engagiert und mit großer Sachkunde vertreten. Der Bundespräsident habe bei seiner Begründung für die Auszeichnung ferner gewürdigt, daß Jürgen Schaufuß seit 1971 ununterbrochen Mitglied des Rates der Stadt Frechen sei. (Das Bild zeigt Schaufuß mit seiner Ehefrau (l.) und seiner Tochter (r.).

Foto: Schüler

CDU befürwortet drastisch kürzere Abschiebep Praxis Innenminister: Zugangsproblem ist nicht zu lösen

Die CDU-Fraktion hat mit ihrem Antrag „Straffällig gewordene Ausländer konsequent abschieben“ vorgeschlagen, die Asylverfahren drastisch zu verkürzen und eine konsequente Abschiebep Praxis zu handhaben. Der Antrag wurde an den Ausschuß für Innere Verwaltung überwiesen (Drs. 11/4060).

Heinz Paus (CDU) erklärte, von 1986 bis 1991 sei die Zahl der tatverdächtigen Asylbewerber um 203 Prozent gestiegen. Die Zahl der in Drogendelikte verwickelten Asylbewerber sei um das Zehnfache gestiegen. Bei den rumänischen Asylbewerbern seien 40 Prozent auffällig geworden. Bei den Polen, nicht mehr in sehr großer Zahl als Asylbewerber, liege die Zahl bei 85 Prozent. Die steigende Kriminalität im Lande alarmiere die Bürger und sie stellten fest, daß der drastisch zunehmende Anteil von Asylbewerbern, besonders aus bestimmten Staaten Südosteuropas, dafür einen großen Teil der Verantwortung trage. Man schlage vor, daß die Asylverfahren drastisch verkürzt würden. Schon innerhalb weniger Tage müsse entschieden werden zwischen ernsthaften Bewerbern und denen, die aus asylfremden Gründen kämen. Sodann spreche sich die CDU für eine konsequente Abschiebep Praxis aus. Es könne doch nicht richtig sein, daß bei fast 90000 ausländischen Straftätern im letzten Jahr nur rund 150

Abschiebungen aus Gründen der Straffälligkeit von Ausländern erfolgt seien.

Vera Dedanwala (SPD) hielt ihrem Vorredner vor, er argumentiere hier mit Zahlen von Tatverdächtigen, nicht von Verurteilten. Aber Auskunft über kriminelles Verhalten könne immer nur der Verurteilungsgrad, nicht aber der Verdächtigungsgrad geben, denn es werde von namhaften Kriminologen nachgewiesen, daß ein Ausländer sehr viel leichter einer Tat verdächtig werde als ein deutscher Staatsangehöriger.

Dagmar Larisika-Ulmke (F.D.P.) vertrat einen anderen Standpunkt. Man müsse sehr viel intensiver nachdenken, wie die Verfahren beschleunigt werden könnten. Sie wisse, daß das nach der Rechtslage in vielen Fällen nicht möglich sei. Sie wolle gar nicht allein der Landesregierung einen Vorwurf machen. „Wir müssen versuchen, auch auf Bundesebene initiativ zu werden, damit hier gemeinsam an diesem Strick gezogen wird, damit nicht auch unter Umständen wieder viele unterschiedliche Verfahrensweisen in den verschiedenen Bundesländern auftreten“, sagte die Abgeordnete.

Roland Appel (DIE GRÜNEN) warf dem CDU-Politiker Paus vor, er erzeuge den Rückenwind, den die rechtsradikalen Terroristen auf der Straße brauchten, um sich in diesem

Land inzwischen wie Fische im Wasser zu bewegen. Er hielt Paus weiter vor, dieser versuche die Verbindung von Kriminalität und dem Status „Ausländer“ herzustellen. Die CDU habe seit zwei Jahren nur Anträge gestellt, die die Rechte und die Versorgung von Asylbewerbern immer mehr beschnitten, so daß manche Asylbewerber natürlich gezwungen seien, kriminell zu werden.

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) meinte, über eins seien sich alle einig: das Zugangsproblem als solches werde man nicht lösen, das wisse jeder. Das könne man nur lösen, wenn man eine Mauer um die Bundesrepublik oder um Europa ziehen würde, wie man es an der Elbe schon einmal gehabt habe, oder wenn man den Bundesgrenzschutz oder die Bundeswehr einsetze. „Die Einwanderung werden Sie durch eine Änderung des Gesetzes nicht verhindern.“ Der Innenminister äußerte die Bitte, die Chance zu einem Sachgespräch nicht zu „verschütten“, indem fundamentalistische Positionen aufgebaut würden. Er räumte ein, daß die Sorgen der Bürger zutiefst beunruhigen müßten. Man sollte nicht einfach wegwischen, daß es auch Vorfälle auf seiten der Asylbewerber gebe. Vieles wäre einfacher, wenn der Bund im Asylverfahren zum Beispiel alle Anträge von Straftätern zur Behandlung des Asylantrages vorziehen würde.

Obdachlosigkeit: Fatale Dynamik der Verelendung

Alle Fraktionen waren sich bei der Beratung des Grünen-Antrages „Obdachlosigkeit in NRW bekämpfen“ in der Auffassung einig, daß Obdachlosigkeit zunehmend zu einem Problem wird. Während die Grünen vorrangig in ihrer Argumentation auf die Wohnungspolitik abzielten, wurden von den übrigen Fraktionen sowie von Regierungsseite auch andere Politikfelder angesprochen (Drs. 11/4294).

Gisela Nacken (DIE GRÜNEN) sagte, als erstes brauche man ein Bewußtsein für diese Problemlage. Obdachlosigkeit sei zwar ein bekanntes Problem. Aber es gebe keine politische Diskussion über dieses Problem innerhalb der Wohnungspolitik, geschweige denn Handlungsansätze. Obdachlosigkeit werde nicht als Problem der Wohnungspolitik angesehen, sondern allein der Sozialpolitik zugeordnet, und auch in diesem Politikbereich werde sie immer noch gerne verharmlost, auf den Kreis der Tippelbrüder oder Berber reduziert. Es gelte zu begreifen, daß der sich immer mehr zuspitzende Mangel an preiswerten Wohnungen eine der Ursachen für Obdachlosigkeit und Armut sei. Man brauche ein Konzept zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit, das ein ganzes Paket von Maßnahmen zusammenschneure. Frau Nacken zählte u. a. dazu die Prävention sowie die Quotierung von Belegungsrechten.

Gisela Meyer-Schiffer (SPD) bescheinigte ihrer Vorrednerin, zu Recht weise der Grü-

nen-Antrag darauf hin, daß mittlerweile rund eine Million Menschen in der Bundesrepublik entweder obdachlos sind oder von Obdachlosigkeit bedroht seien. Auch in NRW habe man mittlerweile nach amtlicher Statistik schon deutlich mehr als 55000 Personen als obdachlos registriert. Die Abgeordnete wies indessen darauf hin, Obdachlosigkeit sei keineswegs ausschließlich das Problem unzureichender Wohnungsversorgung. Es gebe eine Vielzahl von Faktoren. Sie nannte u. a. die neue Armut, Zwei-Drittel-Gesellschaft, Zwei-Klassen-Gesellschaft, Verlierer der Modernisierung. „Die Dynamik moderner oder neuer Verelendung ist in der Tat fatal“, sagte Frau Meyer-Schiffer.

Brunhild Decking-Schwill (CDU) betonte, selbstverständlich habe Obdachlosigkeit auch etwas mit mangelndem Wohnraum zu tun, aber durchaus nicht nur. Sie verwies auf statistische Berichte vom 30. Juni 1990, wonach bei 74,1 Prozent der Obdachlosenhaushalte selbstverschuldete Obdachlosigkeit festgestellt worden sei. Den Vorschlägen der Grünen, umfassende Belegungsbindungen für spezielle Benachteiligtengruppen, Mindestkriterien für die Vergabe von öffentlich geförderten Wohnungen und Bonusregelungen, werde die CDU wohl in dieser Form nicht zustimmen können. „Denn noch gilt für uns, daß der soziale Wohnungsbau die Versorgung breiter Schichten der Bevölkerung mit preiswerten Wohnungen sicherstellen soll“, sagte die Abgeordnete.

Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.) gab seinen Eindruck wieder, daß den Verfassern des Antrages völlig entgangen zu sein scheine, daß es neben der Sozialhilfe das Wohngeld gebe; und auch das Wohnrecht mindere natürlich ganz bestimmte Härten von vornherein. Im übrigen warnte Kuhl vor Traumtänzerie. Das beziehe sich vor allem auf eine allgemeine Schuldenregulierung aus Mitteln der Sozialhilfe. Demnächst gebe es dann jemanden, der einen Kredit bei einer Sparkasse aufnehme, nicht mehr die eigene Adresse angebe, sondern sage, wenden Sie sich doch bitte direkt an das Rathaus.

Wohnungsbauministerin Ilse Brusis (SPD) merkte an, obdachlos zu sein heiße, die elementarsten Lebensbedürfnisse nicht realisieren zu können. Aber Obdachlosigkeit sei nicht völlig gleichzusetzen mit Wohnungslosigkeit. Es kämen weitere Problemlagen hinzu: Arbeitslosigkeit, psychische und physische Gebrechen, Alkohol- und Drogenabhängigkeit, keine oder mangelhafte Ausbildung und emotionale und soziale Verwahrlosung. Obdachlosigkeit habe in der heutigen Zeit viele Gesichter. Es seien die kinderreichen Familien, es seien alleinerziehende Frauen, es seien Schwangere, Jugendliche, Behinderte, psychisch Kranke und Nichtseßhafte, die heute zu den Obdachlosen gezählt werden müßten. Bei der Lösung der Probleme sollte man nicht allein auf die Wohnungspolitik sehen. Das würde zu kurz greifen.

SPD für gesetzliches Verbot von Gewalt gegen Kinder

Hektik und Streß der Erwachsenen schaden gesunder Kindheit

Heinz Hilgers (SPD) sprach sich gegen Prügel als Mittel der Erziehung aus. Auch beim Umgang unter Erwachsenen werde Selbstbeherrschung verlangt. Worte könnten ebenfalls wehtun. Die Freiheit der Person sei unverletzlich, aber die Freiheit der Kinder werde schnöde ignoriert. Überall würden Kinder verprügelt, eingesperrt, gestraft, bedroht. Demütigungen, Verletzungen hinterließen Narben. Zum Weltkindertag 1990 habe eine neue Initiative das gesetzliche Verbot körperlich und seelisch verletzender Strafen gefordert. Für eine Gesetzesvorschrift in Deutschland werde es Zeit: „Kinder sind gewaltlos zu erziehen.“ Die Erfahrung in anderen europäischen Ländern zeige Wirkung bei der Elternerziehung. In einer Gesellschaft zunehmender Gewalt gehe es um die verhaltensnormierende Kraft. Beim sexuellen Mißbrauch von Kindern würden erst in den letzten Jahren Tabus gebrochen. Aktuelle Entwicklungen, wie Gewalt gegen Flüchtlingskinder, könnten im Ausschuß eingearbeitet werden.

Antonius Rüsenberg (CDU) hielt Selbstkritik im Landtag für nötig und erinnerte an den Kinder- und an den Jugendbericht: „Haben wir unsere Empfehlungen umgesetzt?“ Die CDU-Fraktion habe „Reduzierung und Bekämpfung von Gewalt im Fernsehen“ und Maßnahmen gegen „Gewalt an Schulen“ beantragt. Vorschneller Änderungen an Grundrecht und Landesverfassung bedürfe es nicht. Es sei Aufgabe der Jugendhilfe, Nachteile abzubauen und Kinder und Jugendliche vor Gefahren zu schützen. Auch in der UNO-Konvention über die Rechte des Kindes seien Handlungsgrundlagen formuliert. Gewalt gegen Kinder entstehe in Familien. Wo Demokratie und Freiheit herrsche, könnten Konflikte gewaltlos gelöst werden. Soziale Grundbedürfnisse seien zu erfüllen. Bei Geborgenheit habe Gewalt keinen Spielraum. Fehlende Wohnungen, unzureichendes Einkommen, mangelnde Entfaltung führten zu Aggressionen, auch unter Erwachsenen. Gefahren im Straßenverkehr, kinderfeindliches Wohnumfeld und Gewalt in den Medien wirkten sich auf Kinder aus. Die hervorragende Zuarbeit der Gewaltkommission des Bundestages solle einbezogen werden.

Ruth Witteler-Koch (F.D.P.) bezweifelte den Nutzen bürokratischer und theoretischer Diskussion und machte darauf aufmerksam, daß genervte und gestreßte Erwachsene zu Überreaktionen gegenüber Kindern neigten. Diese seien körperlich und intellektuell unterlegen. Auch gebe es keine Ansprechstellen für sie. In Zahlen gingen Untersuchungen von jährlich etwa 100 000 Kindesmißhandlungen mit steigender Tendenz aus, drei Viertel der Kinder seien jünger als fünf Jahre. Als Folge von Störung des Urvertrauens könne die Persönlichkeitsentwicklung und die Beziehung zur Umwelt nachhaltig Schaden nehmen. An sich selbst sollten die Parlamentarier den Appell richten, etwas sensibler im Alltag mit Kindern und Umwelt umzugehen. Die Rednerin zitierte Thesen ihrer Partei auf Bundesebene und verlangte, Gelder für ausreichende Beratungsangebote bereitzustellen. Das Frauenministerium solle aufgelöst werden. In der Schule müsse

Der SPD-Antrag „Gewalt gegen Kinder verhindern“ (Drs. 11/4292) und der Änderungsantrag der Grünen (Drs. 11/4375) wurden bei inhaltlich breiter Zustimmung der Fraktionen vom Plenum am 17. September in die Ausschußberatung überwiesen.

Erziehung zum Pflichtfach werden, Lehrer und Ärzte müßten sensibilisiert werden. Kinderschutzgruppen müßten unterstützt werden. NRW sollte sich der Aufklärungskampagne der Bundesministerin für Frauen und Jugend anschließen: „Signale sehen, Hilferufe hören!“

Beate Scheffler (DIE GRÜNEN) zitierte Schlagzeilen, die fast kommentarlos hingenommen würden, und begrüßte den SPD-Antrag, der hoffentlich ernst gemeint sei. „Wir verbrauchen nicht nur die ökologischen Ressourcen unserer Kinder, hinterlassen ihnen unseren Müll und unsere Schulden, sondern wir erschweren ihnen durch unsere Art zu leben heute schon ganz gehörig das Leben“, sagte Frau Scheffler und beschrieb die ständige Angst vor Verkehrsunfällen, die zu „Freiheitsberaubung ohne Urteil“ führe. Autoabgase träfen Kinder mehr, weil sie näher seien, weniger Abwehrkraft und mehr Atmung hätten. Umweltbelastungen müßten vorrangig abgebaut werden. In Massenküchen für ausländische Flüchtlinge seien Kinder völlig ungeschützt extremen

Bedrohungen ausgesetzt. Inanspruchnahme von Hilfe sei für Jugendliche ein Ausweisungsgrund.

Minister Dr. Rolf Krumsiek (SPD) hielt die Mischung aus Gedankenlosigkeit, Profitgier, Gewaltbereitschaft und sogenannten Zwängen für gefährlich. Immer wieder seien Kinder die Opfer, meist unfähig, sich selbst zu wehren. In vielen Facetten ergebe sich Gewalt gegen Kinder aus dem ganz normalen Alltag, etwa durch Leistungsdruck, Scheidungen. Immer wieder müsse die Welt auch mit Kinderaugen gesehen werden. Der Landeskinderbeauftragte habe sich gelohnt. Der deutliche Ausbau von Tageseinrichtungen sei ein enormes Aufbauprogramm für eine etwas kinderfreundlichere Welt. Für die Kinderbetreuung würden Facharbeitskreise, Expertengespräche, Fortbildung und Forschung vorangebracht. Ganz energisch wolle die Landesregierung das Züchtigungsrecht der Eltern eindämmen und Kinderpornographie härter bestrafen. Gesunde Familien dürften auch nicht unter Armut und Arbeitslosigkeit zu leiden haben.

Gutachten „Landtage in Europa“

In einem von der Präsidentin des NRW-Landtags in Auftrag gegebenen Gutachten „Die Landtage im Europäischen Integrationsprozeß nach Maastricht“ unterbreitet das Bonner Institut für Europäische Politik (IEP) 28 Vorschläge für eine Stärkung der Landtage in Europa. Drei wesentliche Funktionen der Landtage in der Europapolitik könnten nach Meinung der Experten die Mitgestaltung der Politik durch Einflußnahme auf EG-Ebene, auf die Landesregierung und die Bundesregierung sein, ferner die „Radarschirmfunktion“ der Nachrichtensammlung und die „Informationsfunktion“ der regelmäßigen Information der Bürger in der Region. Die Politikgestaltung sei um so erfolgreicher, je stärker der Einfluß der Regionen sei. Für die Landtage komme es auf frühzeitige Beteiligung an.



Das Gutachten „Landtage im Europäischen Integrationsprozeß nach Maastricht“ wurde von den Mitarbeitern des Bonner Instituts am 28. September der Auftraggeberin überreicht, v.l. Jürgen Büssow (SPD), Vorsitzender des Unterausschusses Europapolitik und Entwicklungszusammenarbeit, Präsidentin Ingeborg Friebe, Direktor Wolfgang Wessels, Dr. Elfriede Regelsberger, Franco Algieri und Dr. Otto Schmuck (alle IEP). Foto: Schüler



Geschlossenheit gegenüber dem Bund, jedoch deutlich unterschiedliche Positionen beim Ausbau der Landesstraßen bezogen die Verkehrspolitiker des Landtags bei den Plenardebatten am 17. September, v.l. Verkehrsminister Franz-Josef Kniola (SPD), Hannelore Brüning (CDU), Karl Böse (SPD), Marianne Thomann-Stahl (F.D.P.), Gisela Nacken (DIE GRÜNEN).
Fotos: Schüler

Kniola legte Bedarfsplan Landesstraßen bis 1997 vor

Beim Straßenbau bleiben viele Wünsche offen

Bei der Vorlage seines Entwurfs zur Änderung des Landesstraßenausbaugesetzes mit der Festschreibung des Bedarfs bis 1997 (Drs. 11/4133) forderte Verkehrsminister Franz-Josef Kniola (SPD) am 17. September im Plenum die Parlamentarier zur Mitentscheidung über die Rangfolge von dringenden Maßnahmen auf. Bei den Verkehrsexperten der Fraktionen kam keine rechte Freude auf, sei es, weil sie weitaus mehr Straßenbauten oder gar keine neuen Straßen mehr für erforderlich hielten, sei es, weil sie kommunales Gegeneinander um den Vorrang bei der Dringlichkeit befürchteten.

Franz-Josef Kniola (SPD), Minister für Stadtentwicklung und Verkehr, wies auf die langfristige, verbindliche Festlegung für die Straßenbauvorhaben und die Möglichkeit von Ausnahmen hin. Im Landesstraßennetz gebe es noch Handlungsbedarf bei Ortsumgehungen, zur Hebung der Verkehrssicherheit und Beseitigung von Bahnübergängen.

Bei weitem nicht alle Wünsche seien berücksichtigt worden. Erstmals sei systematisch das ökologische Risiko für Neubaumaßnahmen eingeschätzt worden. Die Stufe 1 mit einem Kostenumfang von zwei Milliarden Mark beinhalte Vorhaben, die planerisch bis zur Baureife vorangetrieben werden könnten, Vorhaben der Stufe bis zur Linienbe-

stimmung. Was finanziell bis 1997 machbar sei, habe er im Entwurf eines Ausbauplans vorgelegt. 351 Maßnahmen seien an Landesstraßen vorgesehen, davon die Hälfte Ortsumgehungen. Neue Straßen von insgesamt 99 Kilometern machten nur ein Prozent der gesamten Netzlänge aus. Das Parlament sei nun am Zuge. Es habe schwierige Abwägungen zu treffen und Einzelfälle zu entscheiden.

Karl Böse (SPD) betonte, es gehe um 20 Jahre Landesstraßenbedarf, wenn es bei 145 Millionen Mark pro Jahr bleibe. Verkehrliche Projekte erforderten große Akzeptanz vor Ort. Zwar werde gegen Straßenbau protestiert, aber 95 Prozent der jungen Erwachsenen
Fortsetzung Seite 20

Plenum folgte Verkehrsausschuß-Empfehlung NRW-Fraktionen für mehr Schienen-Ausbau

Mit Anträgen zur Ost-West-Verkehrsinfrastruktur (F.D.P.), zur Berücksichtigung der NRW-Bedürfnisse im ersten gesamtdeutschen Verkehrswegeplan (CDU), zum „Vorrang für den Umweltverbund“ und „Priorität für die Schiene in NRW“ (GRÜNE) nahmen die drei Oppositionsfraktionen des NRW-Landtags zur aktuellen gesamtdeutschen Verkehrsplanung Stellung. Nachdem sich in den Ausschußberatungen alle Fraktionen (außer den Grünen) auf eine gemeinsame Resolution an die Bonner Verkehrspolitiker geeinigt hatten, wurden die Anträge nach der Aussprache im Plenum am 17. September für erledigt erklärt und die Ausschußempfehlung (Drs. 11/4316) angenommen (vgl. „Landtag intern“ Nr. 14/92). Die mit den Stimmen der SPD, CDU und F.D.P. angenommene Entschließung hat folgenden Wortlaut:

Der Landtag NRW begrüßt, daß die Bundesregierung die Interessen des Landes NRW im Entwurf des Bundesverkehrswegeplans 1992 in einem hohen Maße berücksichtigt hat. Der Landtag bittet den Bundestag, im laufenden Gesetzgebungsverfahren folgende Schienenstrecken zusätzlich zu berücksichtigen:

Bentheim — Osnabrück — Niedersachsen
Venlo — Mönchengladbach einschl. Viersener Kurve
vierecksförmiger Ausbau Dortmund — Hamm.

Außerdem bittet er den Bundestag, die Wege des Instruments der Privatfinanzierung für einen Tunnel unter der B 1 in Dortmund in den Verkehrswegeplan aufzunehmen.

Manfred Hemmer (SPD) faßte die Position der SPD wie folgt zusammen: Es gebe in NRW mit seinem hervorragenden Straßennetz keinen Bedarf an neuen Straßen, der umwelt- und sozialverträglich gelöst werden könnte. Deshalb habe sich die SPD gegen den Bau der DüBoDo und gegen den Weiterbau der A 4 ausgesprochen. Bei Ausnahmen

gehe es um Lückenschlüsse oder Ortsumgehungen. Güterverkehr müsse auf die Schiene verlagert werden, die SPD fordere eine grundsätzliche Trendwende zu einer integrierten Verkehrs-, Umwelt- und Raumordnungspolitik. Der Ausbau der B 1 in Dortmund in Tunnellage müsse so schnell wie möglich begonnen werden.

Günter Langen (CDU) sah in absehbarer Zeit keine Alternative zum Auto, das Hauptverkehrsträger bleiben werde. Der Verkehrswegeplan des Bundes räume dem Schienenverkehr Priorität ein. Bis zum Jahre 2015 wolle der Bund 414,3 Milliarden Mark in Verkehrswege investieren, davon 40 Prozent in den neuen Ländern, das meiste in das Schienennetz. NRW sei mit 15,7 Milliarden Mark im vordringlichen Bedarf angemessen vertreten, wichtige Verbesserungen seien möglich gewesen. Bei der Schiene schneide NRW jedoch nicht entsprechend seinem Netzanteil ab. Bessere Vernetzung durch Transportketten würden angestrebt. Breite Zustimmung zur Ausschußempfehlung sei wichtig.

Marianne Thomann-Stahl (F.D.P.) bedauerte das Zurückstellen wichtiger Verkehrsausbaumaßnahmen und warf der Landesregierung vor, Standortentscheidungen für Güterverkehrszentren und Güterumschlagplätze zu lange aufzuschieben. Vor Ort müsse das durchgestanden werden. Die Zukunft der Verkehrspolitik liege in der Infrastruktur zur Vernetzung mit sinnvoller Aufgabenverteilung und Nutzung der Kostenvorteile. NRW müsse sich auch am Binnenmarkt orientieren, der grenzüberschreitende Verkehr nehme schneller zu. EG-weite Rahmenbedingungen müßten Export- und Transportleistungen, Energieaufwand, Ent-
Fortsetzung Seite 20

Opposition: Analyse für umfassendes Bild — Minister: Motivation in der Region

Weiteres Vorgehen im Strukturwandel umstritten

Gemeinsamkeiten in einzelnen Bereichen, aber Differenzen bei der Strukturpolitik des Landes im Ganzen. So stellte sich die Debatte über einen Antrag der F.D.P.-Fraktion dar mit der Überschrift „Systematische Verbesserungen der Rahmenbedingungen statt regionaler Strukturpolitik mit Einzelprojekten“ (Drs. 11/3197). CDU und F.D.P. forderten, sich landesweit ein umfassendes Bild über die Struktursituation zu machen und danach über Defizite und Prioritäten gemeinsam nachzudenken. Die Grünen mahnten einige Schwachpunkte in der Strukturpolitik an, lehnten jedoch eine Stärkung der Unternehmenseite ab. Wirtschaftsminister Günther Einert (SPD) stellte klar, die Landesregierung betreibe Strukturpolitik nicht so sehr über „Projektantragsrunden“, sondern über die Einbindung von regionalen Konzepten. Die SPD-Fraktion meinte durch den Abgeordneten Bernd Poulheim lapidar: „Es ist nichts Neues geschehen.“ Der F.D.P.-Antrag wurde abgelehnt.

Bernd Poulheim (SPD) vertrat die Ansicht, der Antrag und seine Behandlung im Ausschuss brachten nur wenig Neues. Er unterstrich das Entgegenkommen seiner Fraktion, stufte jedoch den Antrag als „Wiederholung eines bestimmten Themas“ ein. Über im Ausschuss behandelte Gegenstände wie Studien, Empfehlungen der Mikat-Kommission oder die Wirtschaftsförderung, sei bereits entschieden oder berichtet worden: In einer amerikanischen Studie schneide die Industriepolitik in Nordrhein-Westfalen hervorragend ab. Auf die Forderung nach einer Strukturanalyse eingehend, betonte Poulheim die Forderung der SPD nach regionalen Entwicklungskonzepten.

Laurenz Meyer (CDU) hielt der SPD entgegen, ihr Bemühen, auf die angesprochenen Inhalte einzugehen, sei nicht zu erkennen gewesen. Der Abbau von Defiziten in der West-Ost-Verkehrsinfrastruktur und von überflüssigen Bürokratien sowie die Entlastung des Staatshaushalts durch private Initiativen seien Punkte, die eigentlich auch von der Landesregierung und der SPD-Fraktion gefordert würden. Meyer vertrat die Auffassung, daß die Strukturkrisen in Nordrhein-Westfalen noch nicht überwunden seien. Mit der landesweiten Strukturanalyse müßten Defizite dort angegangen werden, wo es am dringlichsten sei, und es sollte geprüft werden, ob „der wirtschaftliche Erfolg für die Region noch im Einklang zu den aufgewendeten Mitteln steht“.

Hagen Tschoeltsch (F.D.P.) beschwor den Konsens der Wirtschaftspolitiker, um Defi-

zite gemeinsam zu beheben. Er dokumentierte dies mit der Bereitschaft seiner Fraktion, Formulierungen, die als Angriff gegen die Landesregierung gesehen werden konnten, aus dem Antrag zurückzunehmen. Die noch verbliebenen Punkte abzulehnen, hielt er der SPD entgegen, bedeute, die entsprechenden Defizite zu negieren. Art und Weise des Ausbaus der Ost-West-Verkehrsinfrastruktur müsse man beraten, aber die Notwendigkeit könne wohl nicht bestritten werden. Tschoeltsch schloß mit dem an die SPD gerichteten Wunsch, „nachdenklicher an die Angelegenheit“ heranzugehen.

Dr. Manfred Busch (DIE GRÜNEN) erklärte „in Übereinstimmung mit dem DGB“ eine systematische Strukturpolitik für überfällig und listete dann als Schwachstellen u. a. auf: Mangelnde Verzahnung von Technologie- und Arbeitsmarktpolitik, fehlende Berücksichtigung von Umweltpolitik in der Wirtschaftsförderung sowie die Schaffung von Frauenarbeitsplätzen nur in marginalem Umfang. Im Antrag vorgeschlagene Instrumente wie Gewerbeflächenmobilisierung bzw. Privatisierung öffentlicher Infrastruktureinrichtungen seien „nicht das Hauptproblem“ und „nicht hilfreich“. Busch lehnte namens seiner Fraktion zusätzliche Subventionen für Unternehmen ab.

Wirtschaftsminister Günther Einert (SPD) sah die Ansatzpunkte von Strukturpolitik bei CDU, F.D.P. und SPD im einzelnen nicht sehr weit auseinanderliegen. Prinzipiell jedoch gehe es der Landesregierung und der SPD-Fraktion um eine regionalisierte Strukturpoli-

tik mit einer „Motivation der Akteure in der Region“. Den Oppositionsfraktionen warf er vor, das früher der SPD unterstellte zentralistische Konzept mit ihrem Antrag mittlerweile selbst zu vertreten. Dies lehne er ab. Die gesamtstaatliche Verantwortung der Landesregierung und die Zustimmung zu Einzelformulierungen wurden von Einert nicht bestritten.

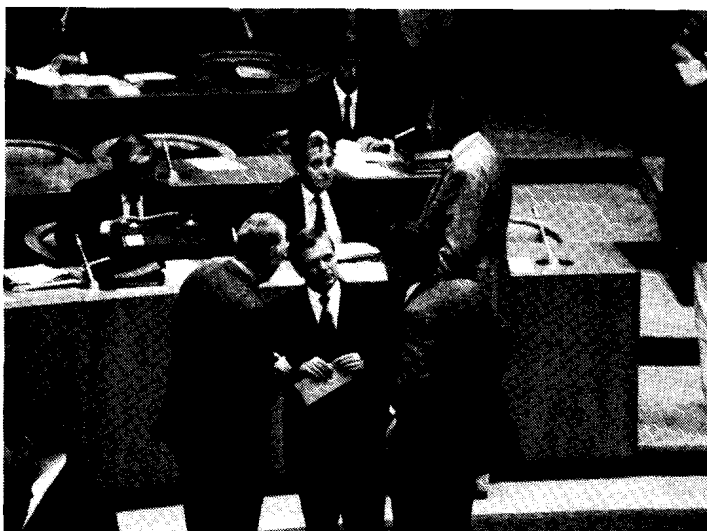
Steuermehrinnahmen...

Fortsetzung von Seite 9

tive, deren Konsequenz sei, „daß sich der Anteil des gehobenen Dienstes bei der Schutzpolizei verdoppelt und bis zum Jahr 1995 schon in Richtung auf die 40 Prozent zugeht, die aufgrund einer Vereinbarung der Innenminister aller Länder erst für das Jahr 2000 vorgesehen waren“.

Roland Appel (DIE GRÜNEN) fand es richtig, daß die Landesregierung auf bessere Bezahlung setze. Die Grünen wollten eine gut bezahlte und gut ausgebildete Polizei; „aber wir wollen nicht immer und immer mehr Polizei“. Mehr Geld und mehr Stellen, das sei nicht finanzierbar. Im übrigen sei man der Meinung, daß mit der Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn weitergemacht werden müsse.

Finanzminister Heinz Schleißer (SPD) sagte zu, daß die Landesregierung die Fragen zur Strukturhilfe beantworten werde und teilte mit, auf der Kabinettsitzung des Vortags seien die bisher gesperrten Mittel freigegeben worden.



Beratungspausen geben bei Plenarsitzungen Gelegenheit, Meinungen mit Fraktionskollegen, aber auch mit Abgeordneten des gegnerischen Lagers auszutauschen: Das linke Bild zeigt in der Regierungsbank Finanzminister Heinz Schleißer, Innenminister Dr. Herbert Schnoor und dahinter Staatskanzleiminister Wolfgang Clement (alle SPD); davor der CDU-Abgeordnete Heinz Hardt und vorne in der Mitte Landtagsvizepräsident Ulrich Schmidt. — Im rechten Bild begrüßt CDU-Fraktionschef Dr. Helmut Linssen seinen F.D.P.-Kollegen in gleicher Funktion, Dr. Achim Rohde. Dahinter die stellvertretende F.D.P.-Fraktionsvorsitzende Marianne Thomann-Stahl im Gespräch mit dem Parlamentarischen Geschäftsführer Hagen Tschoeltsch (F.D.P.).

Fotos: Schüler

CDU zieht Antrag zurück

Mit dem Zweiten Nachtrag zum Haushalt 1992 verband der Ausschuß für Innere Verwaltung auf seiner Sitzung am 23. September die Beratung eines Antrags der Fraktion der CDU, die im laufenden Haushaltsjahr für die Schutzpolizei bereitgestellten 1000 Stellen des gehobenen Dienstes noch vor Jahresende für den Aufstieg von Beamten des mittleren Dienstes in den gehobenen Dienst zu nutzen.

Von den 1000 für 1992 vorgesehenen Stellen sind im Nachtragshaushalt 250 für Absolventen der Fachhochschule vorgesehen. 750 Stellen werden aus der Besoldungsgruppe A9 – gehobener Dienst – nach A10 angehoben, so daß 750 Beamte der Besoldungsgruppe A9Z der Geburtsjahrgänge 32, 33 und teilweise 34 in die Besoldungsgruppe A10 übergeleitet werden. Erfaßt werden von der Überleitung Polizeivollzugsbeamte, die im Spitzenamt des mittleren Dienstes überwiegend mit Funktionen betraut sind, die dem gehobenen Dienst zuzuordnen sind. Darüber hinaus sollten Beamte des Geburtsjahrganges 32, die vor Inkrafttreten des Gesetzes in den Ruhestand getreten sind, an den strukturverbessernden Maßnahmen teilhaben.

Dagmar Larisika-Ulmke (F.D.P.) befürchtete neue Proteste bei den jüngeren Polizeivollzugsbeamten. Staatssekretär Wolfgang Riette (Innenministerium) wies jedoch darauf hin, daß durch diese und die weiteren Strukturverbesserungen der folgenden Jahre eine ausgewogene Beteiligung aller Altersgruppen an den Stellenanhebungen erreicht werde. Vor Vollendung des 32. Lebensjahres hätten die Bediensteten des mittleren Dienstes die Möglichkeit der Fachhochschulausbildung. Daneben gebe es für ältere Bedienstete den prüfungserleichterten Aufstieg und die gesetzliche Überleitung. Würde von den vorgesehenen Stellen ein Teil zugunsten der jüngeren Polizeivollzugsbeamten abgezogen, wäre ein Auswahlverfahren unumgänglich.

Stefan Frechen (SPD) stellte fest, daß nunmehr noch im laufenden Haushaltsjahr 750 Beamte des mittleren Dienstes im Polizeivollzugsdienst ohne Prüfung nach A10 aufsteigen könnten und 250 Beamte, die seit dem 1. Januar 1992 bis Inkrafttreten des Gesetzes wegen erreichter Altersgrenze in den Ruhestand versetzt wurden, ebenfalls in den Genuß der Überleitung kämen.

Diese Maßnahme wurde begrüßt, wie auch die Absichtserklärung, 1750 Stellen im kommenden Jahr und weitere 3600 Stellen in den Jahren 1994 und 1995 anzuheben. Im kommenden Jahr sollen 750 Stellen für den prüfungserleichterten Aufstieg bzw. den Aufstieg über die Fachhochschule und 1000 Stellen für die Überleitung von A9Z nach A10 genutzt werden. Frechen verwies jedoch auf den Beschluß, wonach noch vor der Verabschiedung des Haushaltsplanes für das kommende Jahr ein Ziel-, Zeit- und Maßnahmenplan vorgelegt werden soll.

Auch der innenpolitische Sprecher der Fraktion der CDU, Heinz Paus, erinnerte an diesen Plan, den der Staatssekretär für die nächsten Tage ankündigte. Die Fraktion der CDU erklärte sich im Hinblick darauf damit einverstanden, ihren Antrag als erledigt anzusehen.

Nach intensiven und überwiegend kontroversen Beratungen des Jahresberichts des Landesrechnungshofs (LRH) über die Ergebnisse seiner Prüfungen im Geschäftsjahr 1990/91, bei denen sich der Ausschuß für Haushaltskontrolle bemüht hat, nicht nur zur Beseitigung von offensichtlichen Mängeln und Mißständen in der Landesverwaltung beizutragen, sondern auch langfristig objektive Verbesserungen in der Verwaltungsarbeit des Landes zu erreichen und somit seiner ihm zugewiesenen Kontrollfunktion auch in vollem Umfang gerecht zu werden, hat der Ausschuß für Haushaltskontrolle in seiner 23. Sitzung am 15. September unter Vorsitz des Abgeordneten Walter Neuhaus (CDU) mit Mehrheit beschlossen, der Landesregierung für die Haushaltsrechnung 1989 gemäß § 114 der Landeshaushaltsordnung in Verbindung mit Artikel 86 der Landesverfassung Entlastung zu erteilen.

Die Fraktionen der CDU und F.D.P. votierten gegen die Entlastung der Landesregierung und begründeten dies in erster Linie mit dem Hinweis auf die Prüfungsfeststellung des LRH bezüglich der Zuführungen an die allgemeine Rücklage. Im Gegensatz zur SPD-Fraktion haben sie sich nämlich der LRH-Wertung angeschlossen, wonach die Rücklagenzuführung wegen des Verstoßes gegen Bestimmungen der Landeshaushaltsordnung und der Landesverfassung rechtswidrig war.

Die Beratung eines weiteren für den Ausschuß für Haushaltskontrolle zentralen Themas, das den Ausschuß schon nahezu ein Jahr lang beschäftigt hat, nämlich die Frage, wie die Haushaltskontrolle durch den Landtag verbessert werden kann, wurde ebenfalls in dieser Sitzung abgeschlossen, indem sowohl die von der CDU-Fraktion eingebrachten Gesetzentwürfe zur Verbesserung der Haushaltskontrolle und zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen als auch ein Gesetzentwurf der F.D.P.-Fraktion zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen mit den Stimmen der SPD-Fraktion abgelehnt wurde.

SPD versagt Verfassungsänderung ihre Zustimmung

Mit dem Gesetzentwurf zur Verbesserung der Haushaltskontrolle wollte die CDU-Fraktion vor dem Hintergrund ständig steigender Ausgaben und einer Vielzahl neuer auf das Land zukommender Zahlungsverpflichtungen die Kontrollrechte des LRH und des Parlaments stärken und Unklarheiten im Bereich der Aufstellung des Haushaltsplanes ausräumen. Der Gesetzentwurf der CDU-Fraktion zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen hatte zum Ziel, dem Landtag die Befugnis einzuräumen, dem LRH besondere Prüfungsaufträge erteilen zu können, während der Gesetzentwurf der F.D.P.-Fraktion zur Änderung der Verfassung eine verfassungsmäßige Handlungs- und Prüfungspflicht des LRH begründen und dem LRH die Möglichkeit geben sollte, private Unternehmen zur Durchführung seiner Aufgaben heranzuziehen.

Der LRH hatte in seiner schriftlichen Stellungnahme zu diesen Gesetzentwürfen erhebliche rechtliche Bedenken geltend gemacht. Der Sprecher der CDU-Fraktion, Helmut Diegel, wies während der abschließenden Beratung darauf hin, daß es der CDU-Fraktion nicht darum gehe, die Rechte des LRH zu beschneiden. Er sehe in den Gesetzentwürfen auch keinen Verstoß gegen die Verfassung oder andere bundesgesetzliche Regelungen. Um den im Beratungsverfahren insbesondere vom LRH geäußerten rechtlichen Bedenken dennoch Rechnung zu tragen, legte er dem Ausschuß einige Änderungsanträge zu den eigenen Gesetzentwürfen vor, die aber ebenso wie die Gesetzentwürfe selbst vorab von der SPD-Fraktion abgelehnt wurden.

Für die F.D.P.-Fraktion betonte Dr. Horst-Ludwig Riemer, er könne die Auffassung des vom Ausschuß angehörten Sachverständigen, daß eine verfassungsrechtlich eingeräumte Befugnis des Parlaments zur Erteilung verbindlicher Prüfungsaufträge und eine verfassungsmäßige Handlungs- und Prüfungspflicht des LRH mit der Regelung

Fortsetzung Seite 16



Im Zuge der Informationsreise des Ausschusses für Innere Verwaltung (wir berichteten darüber) durch Brandenburg, Anfang September, wurde auch das Oberkommando der Westgruppe der russischen Streitkräfte in Wünsdorf bei Berlin besucht. Die Ausschußmitglieder wurden dabei von Oberst Strelnikow und weiteren Offizieren empfangen (unser Bild). Der Besuch war ein historisches Ereignis: Zum ersten Mal seit Kriegsende durften Zivilisten das Gelände des Oberkommandos betreten. Oberst Strelnikow hob in seiner Ansprache hervor, die Soldaten verließen Deutschland in Freundschaft und in der Hoffnung auf Frieden. Es sei an der Zeit, daß die Menschen ihren Geist für Wichtigeres als Aufrüstung und Krieg einsetzten.

Unterschiedliche Meinungen zu mehr Mitwirkung in der Schule

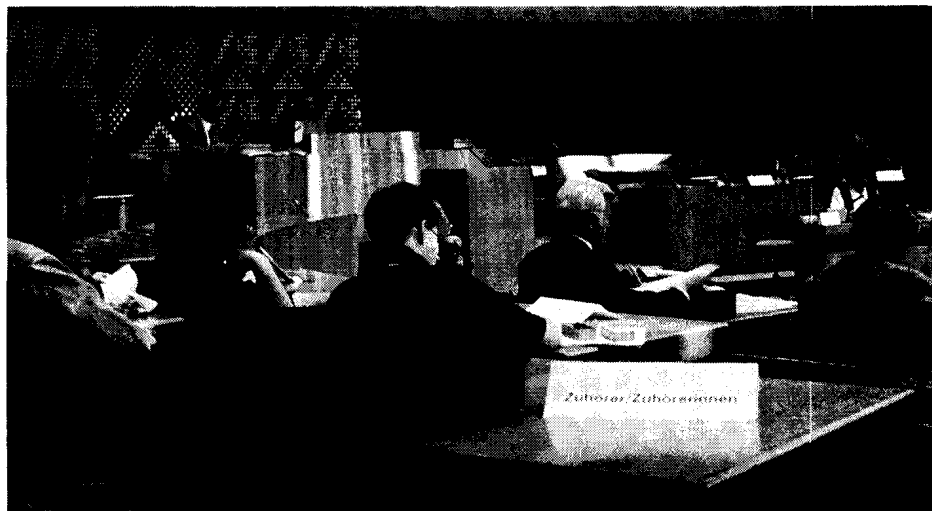
Über zwei dem Landtag vorgelegte Gesetzentwürfe hat der Ausschuß für Schule und Weiterbildung am 23. September eine öffentliche Anhörung durchgeführt. Unter dem Vorsitz von Hans Frey (SPD) konnten Sachverständige, Beteiligte und Betroffene ihre Stellungnahmen zum Entwurf der F.D.P.-Fraktion (Drs. 11/1991) und der Landesregierung (Drs. 11/3393) abgeben, die beide die Schulmitwirkung zum Gegenstand haben (die F.D.P. hat ihren Entwurf mit dem Titel „Gesetz zur Stärkung der Elternrechte“ versehen). Es folgen kurze Auszüge aus den Beiträgen der insgesamt 37 Sprecherinnen und Sprecher.

Professor Dr. Oebbecke vom Landkreistag NRW hielt nichts von der Einrichtung von Gemeinde- und Stadtelternräten, wie die F.D.P. dies vorgeschlagen hat: Damit werde nur eine weitere formale Entscheidungsebene eingeführt, das bestehende System der Schulmitwirkung lasse keine Lücken offen. Ähnlich dazu Dr. Bernd Meyer für Städte- und Gemeindebund: Entscheidungsabläufe würden eher schwieriger, zudem beeinträchtigte ein weiteres plebiszitäres Element den Entscheidungsspielraum des Trägers. Er habe „erhebliche grundsätzliche Bedenken“.

Der F.D.P.-Entwurf komme zu spät, da sich die Entwicklung für die Verbändelösung entschieden habe. Zudem sei mit Stadtelternräten eine Verwischung der Zuständigkeiten zu befürchten, ein „Nebenparlament“. Der Entwurf der Landesregierung regelte alle Einzelheiten zu perfektionistisch, der Deutsche Beamtenbund, so sein Sprecher Dr. Burkhard Sprenger, lehnte die Einladung des Schulträgers zu allen Schulkonferenzen ab; beim Hausrecht des Schulleiters etwa in der Frage eines möglichen Vertriebsverbots von Schülerzeitungen auf dem Schulgelände müsse es bei der bisherigen Regelung bleiben.

Auch für eine Vertretung der Eltern durch privatrechtliche Verbände und gegen eine Mitwirkung der Erziehungsberechtigten auf kommunaler Ebene sprach sich die GEW aus. Ihr Sprecher forderte zudem ein zumindest passives Wahlrecht für sozialpädagogische Fachkräfte für Konferenzen. Es müsse auch eine Begründungspflicht für die Schulaufsicht bei der Ablehnung von Beschlüssen der Schulkonferenzen und Vorgehensmöglichkeiten bei der übergeordneten Instanz geben. Das Fehlen einer effektiven Mitbestimmung der Auszubildenden in der Berufsschule verlangte als Sprecher des DGB Walter Haas, der sich auch für ein Teilnahmerecht von Arbeitnehmervertretern in der Schulkonferenz aussprach, die nach DGB-Ansicht drittelparitätisch unter Einbeziehung der Eltern und Ausbildungsbetriebe zusammengesetzt sein sollte.

Hedwig Sauer vom Verein Katholischer Deutscher Lehrerinnen und Sprecherin des Christlichen Gewerkschaftsbundes monierte am F.D.P.-Entwurf, daß er zu sehr vom Modell der Interessenkonfrontation der beteiligten Gruppen und weniger vom vertrauensvollen Zusammenwirken ausgehe. In bezug auf die Teilnahme von Erziehungsberechtigten am Unterricht (Entwurf der Landesregierung) warnte sie nachdrücklich vor dem Versuch, „durch die Hintertür die billigste und pädago-



Verstärkte Mitwirkung in der Schule im Gespräch: Lehrer, Eltern, Schüler und Sachverständige legten bei der Anhörung des Schulausschusses ihre unterschiedlichen Standpunkte dar. Foto: Kanngießler

gisch unstabiler Lösung ganztägiger Betreuung einschleusen zu lassen“. Hier hakte auch Paul Mohr vom Philologenverband ein: Der Begriff der Elternmitwirkung wird instrumentalisiert, um Blößen in der Lehrerversorgung zu verdecken.“ In Zeiten, in denen das Klima an den Schulen durch die Effizienzsteigerungen der Landesregierung „vergiftet“ sei, nützten keine „schönen Novellen“.

Karl Kexel vom Verband Bildung und Erziehung wandte sich gegen eine stärkere Einbeziehung des Schulträgers in den Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule. So schaffe man das ein weiteres Stück ab, was die Schule nötig habe: Mehr Autonomie. Ebenso wie der Sprecher des Verbandes der Lehrer an berufsbildenden Schulen und Kollegschulen, Hans-Jürgen Steffens, verlangte er eine Reduzierung der Zahl der Fachkonferenzen, um sie überschaubar zu halten; Überorganisation führe nur zu „Frust“. Dr. Hermann Hansis vom Verband der Lehrer an Wirtschaftsschulen und Kollegschulen begrüßte die Einbeziehung der Kollegschulen neben den beruflichen Regelschulen; das trage den Erfahrungen mit der Schulmitwirkung und den Besonderheiten der beiden Schularten in hohem Maße Rechnung. Was die Bildung von Fachkonferenzen angehe, so sei hier eine flexiblere strukturelle Vorgabe erforderlich.

Eine Weiterentwicklung der Mitwirkung zu echter Mitbestimmung regte Detlef Fickermann vom Progressiven Eltern- und Erzieherverband an. Dabei gehe es um eine aktive Einbindung der Schüler, Eltern und auch der Beschäftigten und nicht um eine Ausweitung der „Funktionärsdemokratie“. Für die Landesarbeitsgemeinschaft „Hilfe für Behinderte“ meinte Margarethe Behme, daß Eltern die Rechte ihrer Kinder auch über deren 18. Lebensjahr hinaus wahrnehmen können. Die an sich wünschenswerte Elternmitarbeit im Unterricht solle aber den Lehrerberuf nicht „kaschieren“ und sollte nicht zu einer festen und ständigen Verpflichtung werden.

Dr. Franz Weibels lehnte als Sprecher des Evangelischen und Katholischen Büros Schulpflegschaften auf kommunaler Ebene ab; dies könne den Interessen von Schulen in privater Trägerschaft widersprechen.

Eine Ergänzung der vorliegenden Entwürfe um das allgemeinpolitische Mandat der

Schülervertretung in allen Gremien forderte Silke Mütter von der LandesschülerInnenvertretung NRW. Auch eine angemessene Finanzierung müsse vorgesehen werden. Regine Schwarzhoff vom Elternverein NW regte über die örtlichen Elternvertretungen hinaus die Bildung einer Landeselternpflegschaft an: Die Erfahrungen auf kommunaler Ebene ließen eine konstruktive Zusammenarbeit erwarten. Die Katholische Elternschaft war dagegen und tendierte eher zu freien Arbeitsgemeinschaften „im Rahmen der Koalitionsfreiheit“.

Kerstin Jäckel von der Arbeitsgemeinschaft Junge Presse NW plädierte dafür, die Schülerpresse nicht Spezialbestimmungen, sondern lediglich dem Landespressgesetz zu unterwerfen. Es sei „Augenwischerei“, das Vertriebsverbot („undemokratische Schülerzeitungszensur“) durch ein größeres Gremium (Schulkonferenz) legitimieren zu lassen. Im Namen der Freien Jugendpresse sah Jörg Bereths im Vorhandensein von Vertriebsverboten keine Chance, dem Bildungsauftrag der Schule im Erlernen von funktionierender Demokratie gerecht zu werden.

Vorbehalte gegen die stärkere Beteiligung des Schulträgers an der Schulkonferenz, Forderungen nach Aufwandsentschädigung für Elternvertreter und Versicherungsschutz für alle aktiv tätigen Elternvertreter sowie die generelle Anerkennung der Ehrenamtlichkeit waren Vorschläge der Sprecherinnen und Sprecher der Elternvertreter der einzelnen Schulformen. Ergänzt wurde der Katalog durch die Forderung, als Wegbereiter für eine gesetzliche Elternvertretung einen Bildungsbeirat in NRW zu schaffen.

Der Mitwirkung als „formaler Farce“ müsse ein Ende gemacht werden, formulierte Rechtsanwältin Dr. Gisela Friesecke, die Schulaufsicht und Schulträger verpflichtet sehen wollte, Informationen rechtzeitig weiterzugeben und Stellungnahmen in die Beratungen einzubeziehen. Es sei verfassungsrechtlich geboten, daß Eltern und Schule sinnvoll zusammenwirken. Rechtsanwalt Dr. Bernd Petermann unterstrich die Forderung, daß die Rechte von Eltern, Lehrern und Schülern durchsetzbar sein und einer gerichtlichen Überprüfung offenstehen müßten. Den Vorwurf von „Nebenparlamenten“ wollte er nicht gelten lassen: Stadtschulpflegschaften seien Beratungsgremien

ohne Mitentscheidungsrecht — und einen guten Rat sollte man nicht ausschlagen. Professor Dr. Jürgen Grzesik machte Bedenken gegen die Stärkung der Position des Schulträgers in der Schulkonferenz geltend: Hier würden zwei unterschiedliche Gremien, die politische Institution einer Kommune und das Selbstverwaltungsgremium Schulkonferenz, vermischt. Als Lösung schlug er die Errichtung einer Landeselternschaft vor, in der möglichst Einstimmigkeit anzustreben sei.

Otto Herz, Pädagoge aus Bielefeld, unterstrich, die junge Demokratie im wiedervereinigten Deutschland brauche dringend eine substantielle demokratische Schule, dabei sei das wichtigste, was sich unterhalb der Gremien in den Mitwirkungsorganen abspiele. Er sprach sich für Drittelparität aus, da diese den Zwang zur Argumentation mit sich bringe. Außerdem sei das Schulklima entscheidend vom nichtpädagogischen Personal geprägt. Ein professioneller Lehrer habe keine Angst vor der Mitarbeit von Erziehungsberechtigten im Unterricht. Dr. Anne Ratzki aus Köln setzte einen anderen Akzent: Die Schulkonferenz sollte gleichberechtigt und ernstgenommen an der Personalauswahl auf allen Ebenen teilhaben und zudem mehr Entscheidung über Haushaltsmittel bekommen. Auch sie war für eine Beendigung der Mehrheit für die Lehrer in diesem Gremium.

Als Vertreter eines großen Schulträgers regte Dr. Gerhard Langemeyer aus Dortmund die Aufwertung der Schulkonferenz an. Niemand sollte ausgegrenzt werden, daher seien Sozialpädagogen mit einzubeziehen. Er wandte sich gegen eine Vermischung mit kommunal-staatlichen Kompetenzen, sah aber ein „vernünftiges Miteinander in der Verantwortung für Schule“ als unabdingbar an. „Qualitative Mitwirkung muß man sich etwas kosten lassen“, erklärte der Elternvertreter Hans-Georg Hötger aus Mülheim. Seine weiteren Anregungen: Politisches Mandat für die Schülerschaft, volle Parität in der Schulkonferenz und Wahl des Schulleiters für vier bis sechs Jahre durch die Schulkonferenz. Karl Platzer-Wedderwelle (Essen) war ebenfalls für Parität, denn der Unterricht reiche nicht aus, um jungen Menschen Demokratie zu lehren. „Demokratie muß stattfinden“, die Schulmitwirkung fange im Unterricht selbst an. Die Schulpsychologin Karin Jefferys aus Bielefeld war für eine verstärkte Mitarbeit der Eltern im Unterricht — auch aus psychologischen Gründen, um die große Distanz zwischen Schule und Elternhaus zu überbrücken. Engagierte Eltern sollten auch in die Mitwirkungsorgane gewählt werden können. Die Schulpflegschaftsvorsitzende eines Gymnasiums, Dr. Ingrid Fischler aus Krefeld, nannte als dringlichstes Problem die Verbesserung der Elternmitwirkung über die einzelne Schule hinaus. Das Bedürfnis nach Stadt- und Gemeindepflegschaften wachse überall, es seien genug Interessen gegeben, die den Schultyp übergreifen; aber offenbar gebe es auf der anderen Seite „Berührungängste“. Zum Schluß kamen die Sprecherinnen und Sprecher der Hauptpersonalräte der Lehrer an den einzelnen Schultypen zu Wort. Sie forderten Schritte zur Eindämmung der Einzelkonferenzen, vermuteten einen Zusammenhang zwischen Mitwirkungserweiterung und den ministeriellen Maßnahmen zur Leistungssteigerung der Schule und lehnten es ab, Lehrer für Sammlungen der Verbände an den Schulen einzuspannen.

Bauingenieure sollen sich zu eigener Kammer zusammenschließen können

Mit dem von der Landesregierung vorgelegten Entwurf eines Baukammergesetzes (Drs. 11/3784) soll es den im Bauwesen tätigen Ingenieuren ermöglicht werden, sich wie die Architekten zu einer eigenen Kammer, der Ingenieurkammer-Bau, zusammenzuschließen. Über den Entwurf führte der Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen unter der Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden Wolfgang Jaeger (CDU) am 25. September eine Anhörung durch. Jaeger kündigte an, noch im Laufe dieses Jahres solle das Gesetz verabschiedet werden, damit es zum 1. Januar 1993 in Kraft treten könne.

Für die Architektenkammer NRW begrüßte Diplomingenieur Hermannjosef Beu den Entwurf, da mit der Regelung neben der Architektenkammer NRW eine Ingenieurkammer-Bau eingerichtet werden solle und dabei der Status der Architektenkammer als selbständige öffentlich-rechtliche Institution aufrechterhalten bleibe. Die Regelung der Zusammenarbeit zwischen beiden Kammern sei „sachgerecht“, schon früher habe die Architektenkammer ihre Bereitschaft zu einer solchen Zusammenarbeit immer wieder zum Ausdruck gebracht. Beu schlug einige Verbesserungen am Gesetz vor, etwa die Verankerung des Grundsatzes, daß Architekten unabhängig und treuhänderisch tätig seien. Die Kammer sollte ferner Satzungsautonomie behalten, die Gesetzeseingriffe bei der Wahlordnung seien zu stark. In der künftigen Ingenieurkammer sollte dieselbe Gleichberechtigung hergestellt werden wie in der Architektenkammer. Diplomingenieur Heinz Peter Funcke vom Kontakt-Kreis-Bau würdigte den Entwurf als Ziel der 18jährigen Bemühungen seiner Organisation, die sich als Kammervorläufer

in diesem Land verstehe. Dem Schutz der Berufsbezeichnung „Beratender Ingenieur“ werde im wesentlichen Genüge getan, allerdings könnte ihre Unabhängigkeit im Text stärker betont werden. Die Ingenieurkammer-Bau sollte das Recht erhalten, Sachverständige zu bestellen und zu vereidigen, die Liste der bauvorlageberechtigten Ingenieure zu führen und Haftpflichtversicherungsbescheinigungen für Ingenieure zu erteilen. In der Vertreterversammlung sollte zudem die Majorisierung der Pflicht- durch die freiwilligen Mitglieder ausgeschlossen werden, so etwas widerspreche dem Sinn der Kammer. Die Wirtschaftsvereinigung der Bauindustrie machte durch ihren Sprecher, Diplomingenieur Dieter Weber, Bedenken gegen die im Entwurf vorgesehene Einbeziehung von leitenden Angestellten eines unabhängigen Ingenieurunternehmens in den Begriff „Beratender Ingenieur“: Das könne zu Abgrenzungsschwierigkeiten führen, denn deren Tätigkeit sei nicht unabhängig, da die Angestellten weisungsgebunden arbeiteten. Gerhard Drunkemöller vom DGB-Landesverband NRW sah Unterschiede rechtlicher und tatsächlicher Qualität zwischen beiden Kammern. Die Diskriminierung von beamteten und angestellten im Bauwesen tätigen Ingenieuren als freiwillige Mitglieder ohne Verleihung einer gesetzlich geschützten Berufsbezeichnung sei für den DGB nicht hinnehmbar, sonst wäre die Ingenieurkammer-Bau eine „reine Arbeitgeberkammer“. Schließlich seien 70 bis 80 Prozent aller Ingenieure beamtete oder angestellte Ingenieure, die mit der vorgesehenen Regelung weitgehend ausgegrenzt würden. Drunkemöller regte zudem eine starke Verankerung der Pflicht zu Weiter- und Fortbildung an. Für den Bund Deutscher Architekten bemängelte dessen Sprecherin Dr. Kristine Ammann-Dejozé, daß die vorgesehene Ingenieurkammer-Bau nicht nur den im Bauwesen tätigen Ingenieuren offenstehe, sondern Ingenieure aller Fachrichtungen aufnehmen könne — auch „Berg-Ingenieure“, wie sie erklärte. Das widerspreche dem Kammercharakter. In der über die Pflicht zur Zusammenarbeit verklammerten beiden Kammern der Architekten und Ingenieure sah sie eine „Quasi-Gemeinschaftskammer“, gegen die schwerwiegende verfassungsrechtliche Bedenken zu erheben seien: Nur die Beschränkung der Kammer auf einen einzigen Berufsstand rechtfertige die Bezeichnung „Selbstverwaltungskörperschaft“. Der Zusammenschluß sei auch ein Verstoß gegen die verfassungsmäßigen Beschränkungen von Kammerfunktionen.

(Wird fortgesetzt)



Emsig nutzten die Verbände die Gelegenheit, ihre schriftlichen Stellungnahmen zur geplanten Errichtung einer Ingenieurkammer-Bau einzureichen. Foto: Schüler

SPD versagt ...

Fortsetzung von Seite 14

des § 42 Absatz 3 des Haushaltsgrundsatzgesetzes nicht in Einklang zu bringen seien, nicht teilen. Der Sprecher der SPD-Fraktion, Walter Greverer, bezog sich bei der Begründung für die ablehnende Haltung seiner Fraktion zu dem gesamten Gesetzespaket auf die Ausführungen des angehörten Sachverständigen, der gegen die genannten Gesetzentwürfe aus verfassungsmäßiger und bundesgesetzlicher Sicht Bedenken vorgetragen hatte.

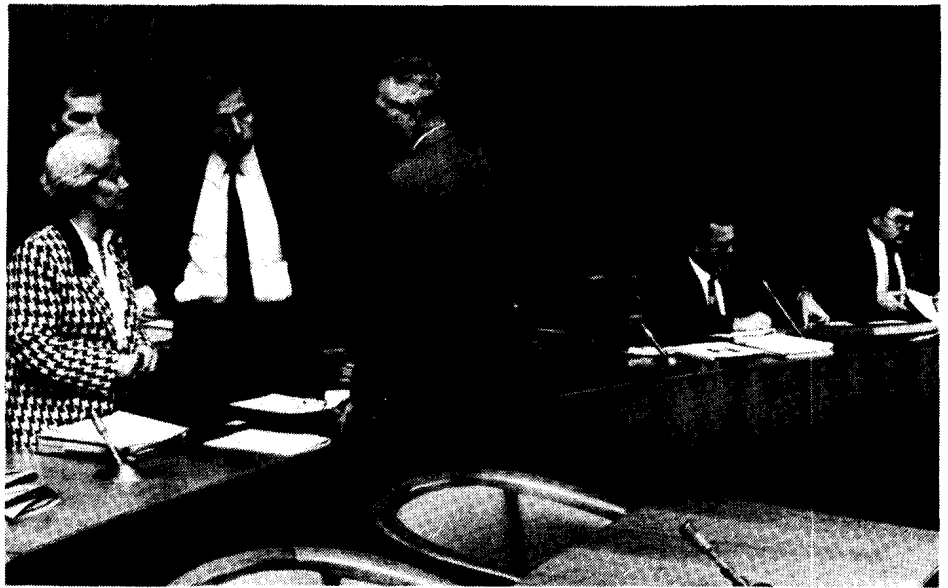
Hauptausschuß: Flüchtlinge menschenwürdig in Heimatländern oder heimatnah unterbringen

Der Hauptausschuß des Landtags unter der Leitung seines Vorsitzenden Reinhard Grätz (SPD) hat dem Zweiten Nachtragshaushaltsgesetz 1992 und damit einer Zehn-Millionen-Flüchtlingshilfe einstimmig zugestimmt. Ferner wurde in einem ersten Durchgang das Haushaltsgesetz 1993 mit seinen Einzelplänen 02 des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei sowie 09 des Ministeriums für Bundesangelegenheiten beraten.

Zum Nachtragshaushalt erklärte Staatskanzleiminister Wolfgang Clement (SPD), bei den zehn Millionen Mark an Flüchtlingshilfe gehe es um die Hilfe für Bürgerkriegsflüchtlinge im bisherigen Jugoslawien. Nach Angaben des Ministers halten sich in Kroatien und Mazedonien inzwischen rund 670 000 Flüchtlinge auf. Das entspreche zehn Prozent der Bevölkerung in diesen beiden Republiken. Nach Überzeugung der Landesregierung müsse versucht werden, den Flüchtlingen eine menschenwürdige Unterbringung in ihren Heimatländern oder nahe ihrer Heimat zu ermöglichen. Die Landesregierung ergreife gerne Maßnahmen in Kroatien und Mazedonien. Clement erinnerte in diesem Zusammenhang auch an Probleme im Zusammenhang mit dem nahenden Winter. Er berichtete weiter, es sei vorgesehen, jeweils fünf Millionen Mark in Kroatien und Mazedonien einzusetzen. Gebaut werden sollen feste Häuser.

Für die CDU-Fraktion begrüßte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Ruth Hieronymi den Vorschlag der Landesregierung nachdrücklich. Überall dort, wo es möglich sei, sollte Hilfe in den Heimatländern geleistet werden. Der SPD-Abgeordnete Jürgen Büssow sagte, seine Fraktion stütze die Ergänzung zum Haushalt 1992. Büssow setzte Hoffnung auf Bündnispartner bei anderen Bundesländern sowie der Bundesregierung, damit ein Gesamtsystem für die Bundesrepublik erwachsen könne.

Der Hauptausschuß wandte sich dann der Haushaltspolitik zu. Wolfgang Clement bezifferte den Etat des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei auf rund 170 Millionen Mark bei den Ausgaben. Das Ausgabenvolumen sinke damit gegenüber 1992 um drei Millionen Mark. Als wesentliche organisatorische Veränderungen bezeichnete er die Übertragung des Verbindungsbüros Berlin in den Einzelplan 09. Das sei vor dem Hintergrund der Hauptstadtentscheidung zu sehen sowie die Zusammenfassung aller medienrelevanten Titel in einem neuen Haushaltskapitel. Der Haushalt 1993 schaffe die Voraussetzungen für die Fortsetzung der Politik des Ministerpräsidenten, wie er sie in der Regierungserklärung dargelegt habe. Als Schwerpunkt nannte der Minister die technische Zusammenarbeit mit Ländern der Dritten Welt, Europangelegenheiten, internationale Zusammenarbeit, für die aus Gründen der Projektprüfung 5,6 Millionen Mark mehr aufgewendet werden müsse, die Deutschlandpolitik (um 2,5 Millionen Mark reduziert), die mit 16,7 Millionen Mark veranschlagte Filmstiftung, das jetzt in Düsseldorf ansässige Europäische Medieninstitut und



Bei Beginn der Hauptausschuß-Sitzung: v.l. Staatssekretärin Heide Dörrhöfer-Tucholski, Staatskanzleiminister Wolfgang Clement (beide SPD), Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU), Ausschußvorsitzender Reinhard Grätz (SPD) sowie Ausschußassistent Hans Lennertz. Foto: Schüler

die Politische Weiterbildung, für die 41,1 Millionen Mark an Einsatzmitteln und 2,7 Millionen Mark Verpflichtungsermächtigung vorgesehen sind. Laut Clement soll der Personalbestand von Staatskanzlei und Wissenschaftszentrum „per saldo“ unverändert bleiben. Alle Aufgaben aber seien von einer angemessenen Öffentlichkeitsarbeit zu begleiten. „Ansatz unverändert“, wie der Minister betonte.

Filmstiftung

CDU-Sprecherin Ruth Hieronymi meinte, die Haushalte 01 (Landtag, noch nicht beraten) sowie 02 sollten beim Sparen mit gutem Beispiel vorangehen. Sie bedauere, daß dieses Ziel wahrscheinlich nicht gehalten werden könne. Sie beklagte, daß beim Ministerpräsidenten für die Öffentlichkeitsarbeit 3,3 Millionen Mark ausgegeben werden sollen und der Ansatz für das Nordrhein-Westfalen-Fest sich mehr als verdoppelt habe. Der Minister erinnerte daran, daß dieses Fest diesmal im westfälischen Münster im Zusammenhang mit der 1200-Jahr-Feier der Stadt stattfinden werde. Deswegen seien etwas höhere Mittel erforderlich. Zur Filmstiftung fügte er erklärend an, sie sei die zweitgrößte in Europa. Sie zeitige Erfolge und trage dazu bei, daß NRW zu einem Einwanderungsland für Medienproduzenten werde. Entsprechend müsse man die Infrastruktur aufbauen.

Kritik des SPD-Abgeordneten Helmut Hellwig am Zustand des stillgelegten Ständehauses, des früheren Landtages, nahm der Minister zur Kenntnis. „Ja, es ist eingemottet“, sagte er. Der Zustand sei unbefriedigend, aber man habe ein Signal des Sparens setzen wollen.

Den Etat des Ministeriums für Bundesangelegenheiten erläuterte Staatssekretärin Heide Dörrhöfer-Tucholski. Veranschlagt sind in den Ausgaben rund 13,5 Millionen Mark, zwei Millionen mehr als 1992. Nach

den Worten von Frau Dörrhöfer-Tucholski trägt dazu unter anderem die Überführung des Berliner Büros bei. Sie erläuterte ferner, man halte den Um- und Erweiterungsbau der Landesvertretung in Bonn nach wie vor für notwendig. 42 Millionen Mark seien ursprünglich dafür bewilligt worden. Nach der Entscheidung des Bundestages in der Hauptstadtfrage habe man die Planung allerdings erheblich reduziert. Jetzt seien nur noch 23 Millionen Mark veranschlagt.

Im weiteren Verlauf der Sitzung nahm der Hauptausschuß den Verfassungsschutzbericht des Innenministeriums entgegen. Der Leiter der Abteilung Verfassungsschutz, Dr. Fritz-Achim Baumann, ging im Rahmen der Ausschreitungen rechtsradikaler Jugendlicher gegen Asylantenheime auch auf die Rolle der Skinheads ein. Er versicherte, eine Kommandostruktur gebe es bei den Skinheads nicht. Auch eine zentrale Steuerung habe man nicht feststellen können. Baumann schloß indessen nicht aus: „Das mag in den nächsten Monaten anders sein.“ Zu den Vorkommnissen in Rostock merkte er an, es gebe keine Rädelsführer, die aus Nordrhein-Westfalen dorthin gereist seien. Der Abgeordnete Büssow forderte: „Wir brauchen mehr Erkenntnisse über die Gruppierungen.“ Es müsse bei denen so etwas wie eine Kommunikationsstruktur geben. Zur Situation der Politiker stellte er fest: „Ich habe auch den Eindruck, daß wir etwas unsicher in der präzisen Wahrnehmung dieser Phänomene sind.“ Zu Vorwürfen gegenüber der polizeilichen Führung in den neuen Bundesländern erklärte der CDU-Politiker Dr. Hans-Ulrich Klose, es habe auch hier lange gedauert, bis der Innenminister und die Polizei in Nordrhein-Westfalen Mittel entwickelt hätten, um Exzesse zu vermeiden. Entschiedene Position bezog der CDU-Fraktionsvorsitzende Dr. Helmut Linssen. Er betonte, es gehe nicht, wie mit dem Staat umgegangen und der Staat zum Tölpel gemacht werde. Es dürfe hier keine Täter-Opfer-Verkehrung stattfinden.

Fortsetzung Seite 18

Vier Gegentore für einen guten Zweck

FCL-Keeper Jörg Krause hatte zahlreiche Gelegenheiten, sich auszuzeichnen. Er hechtete, er sprang, er flog, er riskierte Kopf und Kragen. Jede Menge Schüsse – flach, hoch, halbhoch – prasselten auf seinen Kasten und wurden von ihm bravourös abgewehrt: fast alle. Viermal mußte er hinter sich greifen; der FCL selbst war einmal durch Wolfgang Strang erfolgreich.

Nur in den ersten zehn Minuten hatte der FCL seine Chancen auf dem Sportplatz Lüntenbeck in Wuppertal-Vohwinkel. Da spielte er noch gegen eine Altherrenmann-

schaft und hätte in Führung gehen müssen. Drei hochkarätige Einschußmöglichkeiten wurden vergeigt, darunter sogar ein Elfer. Dann aber wurden die alten Herren komplett ausgetauscht gegen junge Hüpfher. Fünf von ihnen waren zusammen etwa so alt wie die beiden FCL-Abwehrrecken Uwe Herder und Hans Kern, die allerdings mit abgeklärter Routine ihre direkten Gegenspieler fest am Wickel hatten.

Die Abwehr des FC Landtag mußte Schwerstarbeit leisten, sie war unter permanentem Druck, wehrte sich aber unter diesen Umständen gut gegen den übermächtigen

Gegner. Ein eigenes Spiel aufzuziehen, war aber kaum möglich, auch wenn Michael Ruppert und Werner Mayer alias John Barnes es unverdrossen versuchten.

Der FCL nahm's hin. Schließlich diente das Spiel, arrangiert von der Aktion A und Uwe Herder, einem guten Zweck. Die Einnahmen kommen dem Förderverein der Grundschule Nathrather Straße zugute. Die mehreren hundert Zuschauer jedenfalls hatten spannende 90 Minuten erlebt, von Walter Eschweiler, dem Referee mit internationalem Renommee, souverän und stets mit einem Scherz auf den Lippen geleitet.

Flüchtlinge ...

Fortsetzung von Seite 17

Am Ende seiner Sitzung befaßte sich der Hauptausschuß mit der geplanten Einführung der Fernsehnorm D2 MAC durch die Europäische Gemeinschaft. Der SPD-Medienexperte Jürgen Büssow bezeichnete diese Norm als höchst umstritten. 800 Millionen ECU wolle die EG dafür ausgeben. Das sei viel Geld. Er bat die Landesregierung, dazu im Bundesrat eine kritische Position einzunehmen und die „ganze Skepsis aufrecht zu erhalten“. Allein anhand der Entwicklung in den Vereinigten Staaten machten sich ganz andere Perspektiven für die Fernsehsignalverteilung auf. Büssow bekräftigte, damit es nicht zu dieser Norm komme, müsse ohnehin nur noch ein Partner Nein sagen. Die Entscheidung hänge „am seidenen Faden“. Ohnehin gebe es in Europa drängendere Probleme.

Vorsitzender Grätz berichtete von seinen Eindrücken von der Photokina, wo Techniker ihre „Verachtung“ gegenüber dieser Entwicklung deutlich gemacht hätten. Minister Clement unterstrich, er teile die Position in allen Punkten, sowohl technologisch als auch medienpolitisch.

„Maastricht II“ auf 1994 vorziehen

Einen Tag vor der Aussprache über das Abkommen von Maastricht im Bundesrat am 25. September haben sich der Europaexperte der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Büssow, und Staatskanzleiminister Wolfgang Clement (SPD) dafür verwandt, die Position der Bundesländer noch einmal zu verdeutlichen. Clement lehnte indessen einen Volksentscheid entschieden ab.

Im Hauptausschuß des Landtages unter der Leitung seines Vorsitzenden Reinhard Grätz (SPD) regte Büssow an, es müßten Dänemark Brücken gebaut werden, indem man zu Zusatzvereinbarungen komme. Auch der SPD-Abgeordnete Gerd Wendzinski riet dazu, auf Dänemark zuzugehen. Clement unterstrich, ungeachtet des gegenwärtigen Prozesses in der EG halte die Landesregierung am Ziel einer Erweiterung der Gemeinschaft fest. Der Minister regte ergänzende und interpretierende Gespräche an. Er befürwortete ferner, eine für 1996 geplante Nachfolgekonferenz der Regierungschefs – Stichwort „Maastricht II“ – auf 1994 vorzuziehen, damit vor der Ratifizierung der Verträge in Europa eine wirkliche Verfassungsdiskussion beginnen könne. Als eines der schwerwiegenden Probleme bezeichnete er die „unklare Kompetenzverteilung“ in Europa. Die Fraktionssprecherin der GRÜNEN, Bär-

bel Höhn, pflichtete bei, die Folgekonferenz auf 1994 vorzuziehen. Die stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Ruth Hieronymi erinnerte an die Notwendigkeit der parlamentarischen Ergänzung zum Kompetenzzuwachs der Exekutive auf europäischer Ebene. Sie forderte die Landesregierung auf, entsprechende Möglichkeiten auszuloten.

Hilfe für Rumänien

Im Landtag läuft eine neue Hilfsaktion für Rumänien an. Haushandwerker Fritz Bree sammelt wieder Kleider und Spenden aller Art. Die Spenden sind für die Stadt Sato Mare und Umgebung bestimmt. Die Sammelaktion beginnt Anfang Oktober 1992 und endet Mitte März 1993. Bree weist darauf hin, es werde garantiert, daß die Spenden direkt an die Bedürftigen in diesem Raume verteilt würden. Er will im Frühjahr 1993 selbst nach Rumänien fahren und an der Verteilung teilnehmen.



Zu einem Gespräch über die Organisation und Struktur der Agrarverwaltung waren der Arbeitskreis „Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz“ der SPD-Landtagsfraktion und Mitglieder des Landesverbandes NRW der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft im Landtag zusammengekommen. Im Mittelpunkt stand die derzeit laufende Untersuchung über eine Zusammenführung des Landesamtes für Agrarordnung und der Landesanstalt für Ökologie, Landschaftsentwicklung und Forstplanung. Als Vertreter der DAG nahmen an dem Gespräch Hauptpersonalratsvorsitzender Bowinkelmann, Bezirkspersonalratsmitglied Funkel, Personalratsmitglied des Landesamtes für Agrarordnung, Vinnenberg, und hauptamtliches Mitglied des Landesverbandes, Schneider, teil (Bild links). – Über den ökologischen Anbau von Obst und Gemüse informierten sich die Mitglieder des Arbeitskreises „Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz“ der SPD-Landtagsfraktion in der Lehr- und Versuchsanstalt für Gartenbau der Landwirtschaftskammer Rheinland in Köln-Auweiler. Auch Düngeversuche mit Zierpflanzen gehören zu den Aufgabenbereichen dieser Einrichtung. Begrüßt wurden die Abgeordneten vom Präsidenten der Landwirtschaftskammer, dem CDU-Abgeordneten Wilhelm Lieven (4. v.l.), und dem Direktor der Kammer, Dr. Lessmann (links, rechtes Bild).

Kritik an Streichungen auf Kosten der berufstätigen Frauen

Schwerpunkt Frauenförderung in der Privatwirtschaft

Die Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann, Ilse Ridder-Melchers, führte dazu aus, daß die Landesregierung die von der Bundesregierung geplanten Einsparungen bei der Arbeitsförderung im Bundesrat ablehnen werde, da diese insbesondere auf Kosten von Frauen erreicht werden sollten. Sie kritisierte, daß nach diesen Plänen Müttern nach einer Familienpause die Chance auf Qualifizierung und Rückkehr in den Beruf beschnitten und Familienfrauen dafür bestraft würden, daß sie für ihre Kinder zeitweise aus dem Beruf ausgestiegen seien. Sie versicherte, daß sich Nordrhein-Westfalen für sofortige Verbesserungen des AFG, besonders für Berufsrückkehrerinnen, einsetzen werde. Abschließend vereinbarte der Ausschuß, sich in einer der nächsten Sitzungen noch einmal detailliert mit der AFG-Novelle auseinanderzusetzen.

Im Mittelpunkt der weiteren Beratung stand schließlich die Einführung in den Haushaltsentwurf 1993 des Ministeriums für die Gleichstellung von Frau und Mann (Einzelplan 11). Der Entwurf geht für 1993 von einer Steigerungsrate von 7,28 Prozent aus; dies bedeutet z. B. für den Aufgabenbereich der Gleichstellungspolitik eine Erhöhung um rund 1,13 Millionen Mark. In diesem Zusammenhang wies Ministerin Ridder-Melchers darauf hin, daß sie Frauenpolitik als Querschnittsaufgabe betreibe und sie infolgedessen ihre Aufgabe auch darin sehe, Anstöße zu geben und frauenpolitische Forderungen gemeinsam mit anderen Ressorts durchzusetzen; sichtbarer Ausdruck dafür sei die dem Einzelplan 11 beigefügte Übersicht über die geplanten Leistungen aller Ressorts, die ausschließlich und eindeutig Frauen zugute kommen sollten.

Zu den Schwerpunkten im Haushaltsjahr 1993 wird die Frauenförderung in der Privatwirtschaft gehören; trotz positiver Entwicklungen, so die Ministerin, seien die strukturellen Beschäftigungsprobleme von Frauen geblieben. In einer mit dem Präsidenten des Landesamtes getroffenen Vereinbarung sei nunmehr für Nordrhein-Westfalen das Ziel festgeschrieben, Frauen mindestens entsprechend ihrem Arbeitslosenanteil an den beruflichen Bildungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu beteiligen. Zur Verbesserung der Beschäftigungschancen für Frauen solle auch das Aktionsprogramm „Frau und Beruf“ beitragen, mit dem die Transparenz und Effizienz der unterschiedlichen Programme der beruflichen Förderung in Nordrhein-Westfalen erhöht werde.

Als besondere Maßnahmen für Berufsrückkehrerinnen seien geplant: die finanzielle Unterstützung des Modellprojekts „Beratungsangebote und Einrichtungen für Berufsrückkehrerinnen unter besonderer Berücksichtigung des ländlichen Raums“ im Rahmen des Sonderprogramms des Bundes, eine „Mobile Beratungsstelle für den ländlichen Raum“ und die Modellmaßnahme „Qualifizierung während der Familienphase“. Weitere Argumente für die berufliche Gleichstellung und Förderung von Frauen, aber auch Hilfestellung für Personalberatungs- und Personalentwicklungskonzepte würden von einer Untersuchung „Geschlechtsspezifische Unterschiede im Arbeits- und Führungsstil“ erwartet.

Der Ausschuß für Frauenpolitik beschäftigte sich in seiner Sitzung am 25. September 1992 unter der Leitung der Vorsitzenden Marie-Luise Morawietz (SPD) zunächst im Rahmen einer Aktuellen Viertelstunde auf Antrag der Vertreterin der Fraktion DIE GRÜNEN, Marianne Hürten, mit „Frauenfeindlichen Vorschriften in der Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz (AFG)“.

Die Gewalt gegen Frauen und der sexuelle Mißbrauch an Kindern sind ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit des Ministeriums im kommenden Jahr. Als Beispiele wurden die Landesförderprogramme zur finanziellen Unterstützung von 56 Frauenhäusern und 33 Frauenberatungsstellen, die wissenschaftliche Begleitung der vom Land als Modell zu fördernden Zufluchtsstätten für sexuell mißbrauchte Mädchen und schließlich die finanzielle Unterstützung von Maßnahmen und Aktivitäten anderer Initiativen genannt. Schließlich sind Aktivitäten in den Themenfeldern „Sexualaufklärung und Prävention“, „Soziale Infrastruktur für Frauen“ und „Frauenorientierte Stadtentwicklung“ geplant.

Die Ministerin erläuterte schließlich, daß die Öffentlichkeitsarbeit eine zentrale Aufgabe ihres Hauses mit dem Ziel sei, nicht nur kontinuierlich über Diskriminierungen in allen gesellschaftlichen Bereichen zu informieren, sondern auch zukunftsorientierte, auf den Ergebnissen der durchgeführten Untersuchungen und Projekte basierende Lösungsvorschläge zu ihrer Überwindung aufzuzeigen. Im Anschluß an die Einführung nahmen die Fraktionen in einer ersten Bewertung Stellung zum vorliegenden Entwurf: Ruth Witter-Koch, Sprecherin der F.D.P.-Fraktion, vermißte im Bericht der Ministerin „die Botschaft“; insbesondere fehlten ihr Aussagen zu den Auswirkungen des Schwangeren- und Familienhilfegesetzes und die Beteiligung des Ministeriums für die Gleichstellung von Frau und Mann an der landesrechtlichen Umsetzung. In der Gesamtbeurteilung habe sich ihr Eindruck bestätigt, daß der Etat des Ministeriums hauptsächlich Personal- und Verwaltungskosten umfasse; den Aufwand der Personalkostensteigerungen im Bereich der Frauenhausförderung begrüße sie allerdings.

Die Sprecherin der CDU-Fraktion, Regina van Dinther, kritisierte, daß sich trotz der geplanten Etatsteigerung „in der Sache nur

wenig mehr tue“. Sie habe den Eindruck, daß die Aktivitäten nur im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit und der Forschung lägen, während sich die „praktische Arbeit“ auf die Förderung von Personalkosten beschränke.

Anderer Auffassung war Marianne Hürten (DIE GRÜNEN); sie hielt sowohl eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit als auch die Vergabe von Untersuchungen für unverzichtbar; allerdings vermisse sie zuweilen die Umsetzung der Untersuchungsergebnisse. Schließlich regte Frau Hürten an, den Rücktritt von Minister Heinemann für eine Erweiterung der Kompetenzen des Ministeriums für die Gleichstellung von Frau und Mann, vergleichbar mit dem Ressortzuschnitt in Hessen (Ministerium für Frauen, Arbeit und Sozialordnung) zu nutzen, da die Arbeitsmarktpolitik ein aus frauenpolitischer Sicht wichtiger Bereich sei.

Für eine Erhöhung der Mittel für Öffentlichkeitsarbeit sprach sich Marita Rauterkus (SPD) aus; angesichts des „Gegenwindes“, den z. B. die Gleichstellungsbeauftragten in den Kommunen spürten, sei noch intensivere Öffentlichkeitsarbeit durch das Ministerium notwendig.

Dieser Einschätzung schloß sich die Sprecherin der SPD-Fraktion, Brigitte Speth, an; da noch nicht in allen Kommunen Gleichstellungsstellen eingerichtet seien und häufig Problemlagen bewußt übersehen würden, müsse das Ministerium im gesamten Land und insbesondere in den Kommunen deutliche „Spuren“ hinterlassen. Auch sie hielt den Bereich der Forschung für unverzichtbar, sah es aber als wichtig an, aus den Forschungsergebnissen auch die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Im Zusammenhang mit dem Schwangeren- und Familienhilfegesetz führte sie aus, daß man erst am Beginn der Auseinandersetzung stehe, die Auswirkungen aber bereits einen wesentlichen Teil der laufenden Haushaltsberatungen bestimmen würden.

NRW-Franzosen: 85 Prozent „Oui“

Vom Französischen Generalkonsulat in Düsseldorf wurden die nordrhein-westfälischen Ergebnisse des Referendums vom 20. September zum Maastrichter Vertrag mitgeteilt. Danach stimmten fast 85 Prozent der in NRW lebenden wahlberechtigten Französinnen und Franzosen mit Ja. In Düsseldorf waren es 907 von 1066 abgegebenen gültigen Stimmen, in Bonn 365 von 430. Auch auf die gesamte Bundesrepublik bezogen, sprachen sich 84 Prozent der Referendumsteilnehmer für den Maastrichter Vertrag aus. In Deutschland leben zur Zeit 156 000 Französinnen und Franzosen. In NRW sind es knapp 20 000. Die meisten von ihnen sind Familienangehörige von Deutschen und Arbeitnehmer mit befristeten Verträgen, die in der Gastronomie, als Lehrer oder im Handel beschäftigt sind.



Elisabeth Guigou, französische Ministerin für europäische Angelegenheiten, kann mit dem Votum der „Deutschland-Franzosen“ zufrieden sein.

Beratungsbedarf

Bio-Milch und Öko-Landwirtschaft

Die Grünen-Anträge „Sonderaktion für Umstellungsbetriebe entwickeln“ und „Unterstützung der Vermarktung von Milch-erzeugnissen aus kontrollierter ökologischer Produktion“ (Drs. 11/3980 und /4297) wurden vom Plenum am 16. September in die Ausschußberatung überwiesen.

Siegfried Martsch (DIE GRÜNEN) stellte fest, der ökologische Landbau stehe stellenweise heute dort, wo die konventionelle Landwirtschaft in den siebziger Jahren gestanden habe. Der ökologische Landbau müsse weiter gefördert, die Vermarktung erleichtert werden. Das Risiko umstellungsbereiter Betriebe müsse abgesichert werden. Mit dem zweiten Antrag solle der Milchabsatz aus kontrollierter ökologischer Produktion begünstigt werden.

Horst Steinkühler (SPD) hielt den Antrag für diskussionswürdig, aber auch für änderungsbedürftig.

Ilka Keller (CDU) berichtete, 1980 habe es 450 ökologische Land- und Gartenbaubetriebe gegeben, zehn Jahre später bereits 3400 Betriebe. In der Arbeitsgemeinschaft seien über 4000 Vollmitglieder mit fast 100000 Hektar ökologisch bewirtschafteter Fläche organisiert. Zur wirtschaftlichen Situation der Öko-Landwirte in NRW solle die Regierung einen Bericht vorlegen.

Friedel Meyer (F.D.P.) sagte, der Grünen-Antrag gehöre nach Brüssel. Über Forderungen an Verbraucher könne im Ausschuß geredet werden.

Eberhard Sohns (SPD) hielt die Begründung des Antragstellers für widersprüchlich. Einerseits werde von steigender Nachfrage, andererseits von Absatzschwierigkeiten der Biobetriebe gesprochen. Auch laufe das Anliegen mehr Bio-Milch auf Dauerförderung hinaus. Bei der Vermarktung von Bio-Milch dürften Fehler der EG nicht wiederholt werden.

Eckhard Uhlenberg (CDU) bezweifelte den Wert der Förderung von Bio-Milch mit 1,8 Millionen Mark für Erfassung der Produktion und für Landeskantinenverbrauch. Im System der Vorzugsmilch gebe es schon eine bessere Güteklasse.

Minister Klaus Matthiesen (SPD) bestätigte Umstellungsprobleme und Einkommensverluste beim ökologischen Landbau. Das EG-Programm laufe 1993 aus und werde durch eine Verordnung ersetzt. Die vertiefte Ausschußberatung sei angebracht.

Siegfried Martsch (DIE GRÜNEN) wies auf Vermarktungsförderung für konventionelle Produkte hin. Ökologische Produktion müsse auch gestärkt werden.

FH Lippe

Die Abkürzung „FHS“ für Fachhochschulen im Bericht von „Landtag intern“ Nr. 14/1992 löste Kritik aus. Die Fachhochschule Lippe machte auf die korrekte Abkürzung „FH“, auch im Gesetz zum Diplom, aufmerksam.

Straßenbau...

Fortsetzung von S. 12

senen schafften sich ein Auto an. Das Auto solle nicht verteufelt werden, aber es müsse auch Angebote geben, das Auto zu Hause zu lassen. Nach vielen mühsamen Jahren der Planung und Genehmigung kämen jetzt Finanzprobleme ungeahnten Ausmaßes bei dringenden Maßnahmen. Wenn die L 418/Wuppertal mit 50000 Fahrzeugen pro Tag 1994 angefangen würde, bekäme der Landschaftsverband Rheinland zwei Jahre lang nur dafür Geld. Ähnliches gelte für die Ortsumgehung Oerlinghausen, die fast eine Jahresrate des Landschaftsverbands Westfalen koste. Über die politische Notwendigkeit der Landschaftsverbände müsse nachgedacht werden. Diese seien für viele kleine Maßnahmen. Zu diskutieren sei auch über Einnahmen aus der Kfz-Steuer 1993 in Höhe von 2,8 und Ausgaben im Verkehrssektor in Höhe von 1,6 Milliarden Mark.

Hannelore Brüning (CDU) berichtete aus der Prognose bis 2010, bei einem Bevölkerungsrückgang von 6,7 werde mit Gesamtverkehrszunahmen von 7 Prozent gerechnet. Alle Prognosen seien jedoch bisher zu niedrig gewesen. Der Bund trage dem wachsenden Verkehr in NRW Rechnung, das Land werde der Zukunft nicht gerecht. Der Finanzminister erwarte 2,84 Milliarden Mark aus der Kfz-Steuer, es seien aber nur Landes- und Kommunalstraßen für 750 Millionen Mark vorgesehen. Die Straßenbau-Ausgaben seien unter der SPD-Regierung stark rückläufig. Der Bedarfsplan trage den Bedürfnissen der ländlichen Regionen nicht Rechnung. Sieben kleine Maßnahmen im Münsterland, die Ortsumgehung Fröndenberg und die Westtangente Plettenberg seien dringend. Investitionen im Straßenbau müßten schrittweise hochgefahren werden. Das Verfahren zur Aufstellung des Bedarfsplans sei zu rügen. Zwischen Anmeldung und Entwurf habe es keine Beteiligung gegeben. Die CDU halte eine Anhörung für erforderlich und eine Mittelaufstockung für notwendig.

Marianne Thomann-Stahl (F.D.P.) sah Ohnmacht der SPD vor leeren Kassen. Es

Schienen-Ausbau...

Fortsetzung von Seite 12

sorgung, Klimaschutz optimieren helfen. Die Verkehrspolitik der Landesregierung stehe zu Finanzen und Kohlevorrang in deutlichem Gegensatz. Der Energieverbrauch der Verkehrsträger müsse reduziert werden. Die Rednerin schlug erneut eine Enquete-Kommission zur Zukunft des Verkehrs vor.

Gisela Nacken (DIE GRÜNEN) hielt die Anträge für gegenstandslos, da der Bundesverkehrswegeplan vorliege. Die deutsche Einheit habe Anlaß für eine kritische Bestandsaufnahme geboten. Wäre das Scheitern bisheriger Verkehrspolitik anerkannt worden, würden die Fehler nicht auf die neuen Länder übertragen, sondern deren gut ausgebauten, wenn auch schlechtes Schienennetz genutzt. Das sei die einzigartige Chance für eine Verkehrswende gewesen. Stattdessen sei ohne neues Denken beraten und nach Länderquoten aufgeteilt worden. Der Klimaschutz wäre ein weiterer wichtiger Grund für eine Verkehrs-

wende wenig gestaltet und nur Mangel verwaltet. Der Mittelrahmen werde um über 900 Millionen Mark gekürzt. Erhebliche Preissteigerungen im Bau und Mehraufwand für Umweltschutz seien nicht berücksichtigt. Das Zahlenwerk sei Augenwischerei, Abgeordnete würden für dumm verkauft. Die Ortsumgehung Fröndenberg sei nach jahrelangem Streit gestrichen. Bis zum Ende ihres Lebens hätten die Bürger nun 10000 Fahrzeuge vor der Haustür. Die Ortsumgehung Oerlinghausen sei vom örtlichen Sachverständigen als nachrangig, die L 738 jedoch als dringlich eingestuft worden. Im Entwurf stehe es nun umgekehrt. Wieso nehme das Ministerium die Gremien vor Ort nicht zur Kenntnis? Das müsse erklärt werden.

Gisela Nacken (DIE GRÜNEN) hielt das Bremsen des Verkehrswachstums für nötig, um darin nicht zu ersticken. Die hohen Ziele des früheren Verkehrsministers Zöpel seien nicht eingelöst, das Umweltbewußtsein der Regierung nicht weiterentwickelt worden. Die Straßenbauversessenheit feiere fröhliche Urständ. Begehrlichkeiten der Bürgermeister, Interessen der Straßenbaulobby und von Abgeordneten spielten eine größere Rolle. Der Regierungspräsident von Köln befürworte einen Regionalverkehrsentwicklungsplan. Verkehrszweigübergreifende Untersuchungen gebe es in NRW noch nicht. Kniola sei vor straßenbaufreudigen Parteifreunden eingeknickt. Keine Straßenbaupläne ohne gleichzeitigen Schienenausbau fordere auch die SPD-Bundestagsfraktion. Bei Oerlinghausen wären Lärmschutz- und Verkehrssicherheitsmaßnahmen in der Ortsdurchfahrt angemessener als eine teure Umgehung mit gravierenden Landschaftseinschnitten und Fertigstellung in 20 Jahren. Leider wandle Kniola in den Fußstapfen von Bundesverkehrsminister Krause.

Heinz Hardt (CDU) erinnerte an das Jahresvolumen von 240 Millionen für den Landesstraßenbau in der neunten Wahlperiode, das nach sieben Jahren trotz 15prozentiger Haushaltssteigerung geblieben sei. Über kürzere Planungsverfahren müsse nachgedacht werden, damit Wahlergebnisse nicht zum Umkippen von Vorhaben und Verschwendung von Planungsausgaben führten.

wende gewesen. Statt mutigen Handelns habe sich Krause jedoch für Ökoschwindel entschieden und die Wahrheit verschwiegen, daß mehr Straßen den Verkehr verstärkten. Ein Experte aus Zürich habe recht: Das schlimmste sei, Straße und Schiene gleichzeitig auszubauen. Der Umweltausschuß sehe sich geohrfeigt, da von Ökologie keine Rede sein könne. Die Tunnellösung im Bereich B 1—Dortmund sei höchstens privat finanzierbar, aber einiges sei ungeklärt.

Minister Franz-Josef Kniola (SPD) sah deutliches Auseinanderklaffen von Wünschen der CDU/F.D.P.-Opposition und dem auf Bundesebene Durchsetzbaren. Die F.D.P.-Expertin habe eine Märchenstunde ohne realen Bezug veranstaltet. Standorte für Güterverkehrszentren könnten erst festgelegt werden, wenn die Bahn KLV-Stationen vorlege. NRW sei zeitgleich dagewesen mit seiner Standortkonzeption. Verfallene Bundesmittel durch NRW seien frei erfunden. Ganz im Gegenteil habe das Land zusätzliche Millionen erhalten. Im Bundesrat trete NRW für ein Schienenwegesgesetz ein und hoffe auf Zustimmung anderer Länder.

Literatur

Im Gravitationszentrum europäischer Metropolen

175 Jahre Regierungsbezirk Düsseldorf im Spiegel der neueren Landesgeschichte

1991 wurde der Regierungsbezirk Düsseldorf 175 Jahre alt. Nachdem der preußische Staat nach Ende des Wiener Kongresses 1815 die „Rheinländer in Besitz genommen und mit der preußischen Krone vereinigt“ hatte, schuf er unter anderem den Ober-Präsidial-Bezirk der Herzogtümer Cleve, Jülich und Berg, der wiederum in drei Regierungsbezirke unter der Leitung je eines Präsidanten eingeteilt wurde. Nach seiner Vereinigung mit dem Bezirk Kleve 1822 betrug die Einwohnerzahl des Regierungsbezirks Düsseldorf 622 000 Personen. 35 Jahre später war die Millionengrenze überschritten, und heute hat er mit 5,2 Millionen mehr Einwohner als jeder andere Regierungsbezirk der Bundesrepublik.

Es war damit 1816/22 ein Verwaltungsraum entstanden, dessen Zuschnitt weder natürlichen Grenzen noch wirtschaftlichen Zusammenhängen zwingend folgte und der — wohl nicht zuletzt deshalb — Wissenschaftler bisher kaum zu einer eigenständigen, ausschließlich auf ihn bezogenen Untersuchung herausgefordert hat. Das von Regierungspräsident Fritz Behrens veranlaßte und im Jubiläumsjahr vom Leitenden Regierungsdirektor Klaus Lueb und von Hein Hoebink, Privatdozent an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, durchgeführte Symposium über „Staat und Wirtschaft an Rhein und Ruhr 1816—1991“ hatte deshalb eine wichtige Funktion, indem es (auf dem Podium wie im Plenum) Wissenschaftler und Praktiker aus Verwaltung, Wirtschaft und Justiz zur historisch-politischen Diskussion des seit je spannenden Verhältnisses zwischen den wirtschaftlichen Kräften, den sozialen Konflikten und den staatlichen Interventionen zusammenführte.

rungspräsidiums“ (Gloria Müller), über „Arbeitsrecht — Arbeitsschutz“ (Jella Tupay), über die „Aktie als Eigenkapitalquelle“ (Herbert Zapp), über den Zusammenhang von „Energie, Umwelttechnik und Entsorgung“ (Herbert Krämer) und über frühe Auseinandersetzungen um den Umweltschutz (Peter Hüttenberger).

Aus je unterschiedlichem Blickwinkel machen die insgesamt 16 Beiträge deutlich, daß — wie Regierungspräsident Behrens resümierend feststellt — der Einfluß des Staates seit der napoleonischen Zeit nur scheinbar zurückgedrängt wurde, seine Rolle sich jedenfalls „damals ebensowenig wie heute mit dem Schlagwort vom ‚Laissez-faire‘ zutreffend beschreiben“ lasse.

Daneben zeigen die meisten Beiträge auch, daß die Beschäftigung mit dem Regierungsbezirk zwar zur „Innensicht“ verführt, aber daß gerade (doch nicht nur) aufgrund seiner spezifischen Geographie der Blick nach außen unerlässlich ist. Der Hinweis Dietmar Petzinas, die Lage des Rheinlandes sei „seit der Reichsgründung innerhalb Deutschlands eher am Rande, in Europa jedoch zentral“ gewesen, ist brandaktuell. So ist es nur natürlich, daß sich ein Referat mit den Beziehungen des Nachbarn Niederlande zum Rhein-Ruhr-Raum 1945—1949 befaßt (Horst Lademacher) und Hans Heinrich Bloetvogel, der den Regierungsbezirk als „Verwaltungs- und Wirtschaftsraum“ portraitiert, auch die großräumige Perspektive im Auge hat. Das als „blaue Banane“ oder als „Dorsale“ (Rückgrat) bekanntgewordene Grundmuster des europäischen Siedlungssystems signalisiere mit der zentralen Lage im künftigen Europa ein Entwicklungspotential von

unschätzbarem Wert: „Der Regierungsbezirk liegt ziemlich genau im Gravitationszentrum der europäischen Metropolen Paris und Berlin, London und München.“

Anselm Faust

(Hein Hoebink [Herausgeber], *Staat und Wirtschaft an Rhein und Ruhr 1816—1991. 175 Jahre Regierungsbezirk Düsseldorf, Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, Band 34, Klartext-Verlag Essen 1992, 306 Seiten, gebunden, 31 Mark.*)

Hauptausschuß...

Fortsetzung von Seite 1

Der ehemalige Düsseldorfer Sportdezernent Dr. Hans Edmund Landwers hielt die Aufnahme in die Verfassung dagegen für „dringend geboten“. Als Grund nannte er vor allem die Bedeutung des Sports in der Jugenderziehung, insbesondere bei der Herstellung gesellschaftlicher Bindungen. Der Präsident des Landessportbundes, Richard Winkels, erklärte, eine Aufnahme des Sports als Staatszielbestimmung empfehle sich wegen seiner besonderen Bedeutung in der Gesellschaft. Er sei grundsätzlich als öffentliche Aufgabe zu qualifizieren. Abschließend sprach sich auch Jochen Kühl vom Deutschen Sportbund für eine Verankerung aus. Er forderte die Abgeordneten auf, in absehbarer Zeit über die Hürden der Formulierungsvorschläge zu einem Ergebnis zu kommen.

Kein historisches Handbuch

Den schriftlichen Ertrag der Konferenz hat Hoebink nun editiert und (um einen Aufsatz erweitert) in der Reihe der bei Historikern längst im besten Ruf stehenden „Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens“ veröffentlicht.

Der Band ersetzt gewiß kein historisches Handbuch des Regierungsbezirks, das zu erarbeiten eine dankbare Aufgabe wäre — insbesondere wenn man an das unlängst erschienene Handbuch „Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter“ denkt —, doch umspannen die Referate das Kernthema in einem recht weiten Bogen. Sie zeichnen die Industrialisierung (Dietmar Petzina) und die Modernisierung der Landwirtschaft (Albin Gladen) nach, die Geschichte des Handwerks (Rainer S. Elkar), des Verkehrswezens (Werner Reh), des Wohnungsbaus (Franziska Bollerey) und des Berufs- und Gewerbeschulwesens (Karlwilhelm Stratmann), berichten über die regionale Mobilität der Unternehmer (Hansjoachim Henning), über den „Sozialen Ausgleich als traditionelle Verwaltungsaufgabe“ (Jürgen Brand), über „Arbeitskampf und Arbeitsfrieden im Blickfeld des Düsseldorfer Regie-



Eine Delegation höherer Beamter verschiedener Ministerien und Verwaltungen der Republik China/Taiwan unter Leitung des Direktors des Zentralpersonalverwaltungsamtes Chiu-lai Yen (10. v.l.) hat den Landtag besucht und ist von Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose (12. v.l.) empfangen worden. Die Gäste hielten sich auf Einladung der Deutschen Beamtenschaft-Jugend in Nordrhein-Westfalen auf, die seit zwölf Jahren ein Austauschprogramm mit der Republik China/Taiwan pflegt. Foto: Schüler

SPD-Fraktion

Ein umfassendes Paket zur Lösung der Asylproblematik

Nach einer ausführlichen Diskussion hat die SPD-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag mit großer Mehrheit die asylpolitischen Beschlüsse des SPD-Parteivorstandes von Bad Salzuflen und damit die Linie des Parteivorsitzenden Björn Engholm bestätigt. Der Beschluß weise in die richtige Richtung, wenngleich er in einigen Punkten noch konkretisiert werden müsse. „Wir bewerten die Beschlüsse von Bad Salzuflen

vor allem deshalb positiv, weil damit erstmals ein umfassendes Paket zur Lösung der Asylproblematik auf dem Tisch ist“, erklärte Fraktionsvorsitzender Professor Dr. Friedhelm Farthmann. Begrüßt werde von der SPD-Fraktion weiterhin, daß der Parteivorstand in die Diskussion auch die Änderung von Gesetzen, einschließlich des Grundgesetzes, einbezogen habe.

Alles das ändere allerdings überhaupt nichts daran, so Farthmann weiter, daß die Bundesregierung bisher bei der Beschleunigung von Asylverfahren kläglich versagt habe. Sie trage allein die Verantwortung dafür, daß die Städte und Gemeinden kaum noch in der Lage seien, mit dem Flüchtlingsstrom fertigzuwerden. In unverantwortlicher Weise habe

der Bund die Arbeit des Zirndorfer Bundesamtes für die Anerkennung von Asylanträgen zusammenbrechen lassen. 400 000 nicht bearbeitete Asylanträge seien die Folge davon, daß der Bund die personelle Situation in Zirndorf, entgegen der Bund-Länder-Absprache, nicht verbessert habe. Es bestehe sogar der Verdacht, daß die Bundesregierung den Antragsstau bewußt in Kauf genommen habe, um so den Boden für eine Grundgesetzänderung vorzubereiten. Und das, obwohl jeder wisse, daß ein Großteil der in Zirndorf anhängigen Fälle negativ entschieden werde. Die damit verbundene Entspannung der Situation habe die Bundesregierung mit ihrer Alles-oder-nichts-Strategie verhindert.

CDU-Fraktion

Kindertagesstättengesetz: Land verweigert Ausgleichszahlungen

Als „Muster ohne Wert“ hat der familienpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Antonius Rösenberg, das Kindertagesstättengesetz des Landes Nordrhein-Westfalen kritisiert. „Die Ausgangszahlen bei den Elternbeiträgen haben sich — wie von uns stets vermutet — als völlig unrealistisch erwiesen“, so Rösenberg. So sei das Ziel des neuen Kindertagesstättengesetzes, 19 Prozent der Betriebskosten von Kindergärten durch Elternbeiträge zu finanzieren, nicht zu erreichen. „Nirgends im Land wird dieser Deckungsgrad erreicht. Nach

Angaben der kommunalen Spitzenverbände nehmen die Städte zwischen acht und maximal 13 Prozent an Elternbeiträgen ein. Der Durchschnitt liege bei rund elf Prozent. Damit fehlen über 225 Millionen Mark an Elternbeiträgen“, erklärte Antonius Rösenberg.

Die jüngste Entwicklung bedeute für die nordrhein-westfälischen Kommunen nicht einkalkulierte Mehrausgaben von rund 140 Millionen Mark, da sie den Differenzbetrag zwischen elf und 17 Prozent zur Hälfte — die andere Hälfte muß das Land tragen — und zwischen 17 und 19 Prozent als Ausgleichszahlung komplett übernehmen müssen.

Der eigentliche Skandal sei jedoch, so Rösenberg, daß die Landesregierung die per Gesetz vorgesehenen Ausgleichszahlungen des Landes an die Kommunen im Haushalt 1993 — also rund 85 Millionen Mark — gar nicht ausgewiesen habe. Rösenberg wörtlich: „Es ist unfassbar

und mit dem Gesetz nicht vereinbar, daß die Landesregierung die Städte und Kreise auf dem riesigen Finanzloch sitzen läßt.“

Die von einigen Jugendämtern inzwischen erhobene Forderung an das Land, Abschlagszahlungen zu leisten, könne die CDU nur unterstützen. Rösenberg wies darauf hin, daß sich die CDU bereits im Gesetzgebungsverfahren vehement gegen die Neuregelung der Anrechnung der Elternbeiträge gewandt und darauf aufmerksam gemacht habe, daß dies im Ergebnis überwiegend zu Lasten der kommunalen Haushalte gehe. Rösenberg: „Zudem fallen durch das neue Einzugsverfahren und den immensen Personalmehraufwand noch zusätzliche Personalkosten in Millionenhöhe an. SPD-Landesregierung und die SPD-Mehrheitsfraktion haben dies immer wieder bestritten. Durch die Entwicklung im Lande werden sie inzwischen eines Besseren belehrt.“

F.D.P.-Fraktion

Führungskrise in Nordrhein-Westfalen

Die F.D.P.-Fraktion hat nach den Turbulenzen der SPD nach der Sommerpause eine erste Zwischenbilanz gezogen. Danach befindet sich dieses Land in einer ernstzunehmenden Krise. Die Regierung ist führungslos. Ohne den erkrankten Ministerpräsidenten scheinen sich die Mächtigen gegenseitig zu lähmen. Es gibt kein Krisenmanagement. Clement, Matthiesen und Schleußer agieren allenfalls hinter den Kulissen. Fraktionschef Farthmann ist lieber

auf der Jagd. Die Nachfolger von Bodo Hombach haben die Partei nicht im Griff. Im SPD-Kabinett geht es drunter und drüber.

Was die SPD am meisten fürchtet, ist, daß die seit einem Jahr anherrschende Debatte über Filz und die Auswüchse des SPD-Parteienstaates sich in den Köpfen der Bevölkerung festsetzen könnten. Doch eine Gegenstrategie besitzt sie nicht.

Die Krise tritt ausgerechnet in einer Situation ein, wo das Land seine ganze Kraftanstrengung braucht, um die Probleme der Vergangenheit (sprich: Staatsverschuldung fast 120 Milliarden Mark) und die Probleme der Zukunft (sprich: Aufwand für die Deutsche Einheit) zu meistern.

Der Haushaltsentwurf 1993 der Landesregierung zeigt weder in dem einen noch in dem

anderen Punkt Ansätze. Wenn Politik in Nordrhein-Westfalen noch steuerbar werden soll, dann bedarf es jetzt besonderer Einschnitte, um überhaupt wieder handlungsfähig zu werden. NRW braucht einen Neuanfang, denn wenn sich nichts ändert und der Staat sich weiter aufbläht, geht er daran zugrunde. Die Zeiten des Anspruchsstaates à la SPD sind vorbei. Nicht mehr alles Wünschenswerte ist leistbar. Leistungsgesetze nach dem Gießkannenprinzip sind passé. Die Fettpolster der Bürokratie müssen abgespeckt werden. NRW muß sich auf das Notwendige und Machbare konzentrieren. Deshalb fordern die Liberalen eine Entschlackungskur für Nordrhein-Westfalen: Wir brauchen einen schlankeren Staat mit weniger Aufgaben und weniger Beamten und Angestellten.

DIE GRÜNEN-Fraktion

Schleußer-Ministerium will staatl. Arbeitsschutz liquidieren

Unbestritten ist, daß in Nordrhein-Westfalen gespart werden muß. Allerdings ist offen, wo denn Mittel gestrichen werden können. Darüber wird und kann gestritten werden. Wie ein Stück aus dem Tollhaus mutet es allerdings an, was das nordrhein-westfälische Finanzministerium plant — es will den Bereich Arbeitsschutz in der staatlichen Gewerbeaufsicht faktisch liquidieren. Das hat Finanzminister Schleußer der Finanzministerkonferenz der Länder vorgeschlagen. In einem Schreiben des NRW-Ministeriums vom 4. September

1992 wird vorgeschlagen, „den bestehenden Dualismus zwischen staatlichem Arbeitsschutz und gewerblicher Berufsgenossenschaft aufzugeben und die Aufgaben des Arbeitsschutzes den Berufsgenossenschaften zu übertragen“. Die Rechner im Finanzministerium wollen durch diesen Vorschlag rund 1200 Stellen einsparen.

Marianne Hürten, Landtagsabgeordnete der Grünen, hat gegen diesen Sparvorschlag protestiert: „Das ist eine Maßnahme gegen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Den Betriebsräten wird bei der Überwachung eine wichtige Unterstützung entzogen. Im Unterschied zu den Berufsgenossenschaften können die Gewerbeaufsichtsbeamten Anordnungen treffen, wenn die Arbeitsplätze den Vorschriften nicht entsprechen. Ganz offenkundig wird der ins Schlingern geratene

Finanzminister in seinen Aktionen immer blindwütiger. So begibt er sich mit seinem Vorschlag in einen krassen Gegensatz zu einer Bundesratsentschließung, die erst jüngst über die künftige Gestaltung des deutschen Arbeitsschutzsystems gefaßt worden ist und die die rot/grün regierten Bundesländer Hessen und Niedersachsen eingebracht hatten.“

Nach Auffassung der Grünen ist es zusätzlich ein Skandal, daß — wie bei anderen rückschrittlichen Maßnahmen der Landesregierung — wieder einmal am Parlament vorbeigehandelt wird. Bis heute ist der Landtag über die Schleußer-Pläne nicht einmal informiert. Schleußer kann sich auch nicht auf die Beratungsfirma Roland Berger berufen. Die hat ihre Untersuchungen noch nicht einmal abgeschlossen und keine Empfehlungen ausgesprochen.

„Stutzäsen“ für Karl Knipschild

Dem für die Stadt Schmallenberg zuständigen Landtagsabgeordneten Karl Knipschild (CDU) wurde bei der dritten Etappe des traditionellen Schnadeganges entlang der Grenzen des von 1441 bis 1842 existierenden „Gerichtes Oberkirchen“ nachhaltig klargemacht, wie deren Verlauf im Jahre 1802 war (Bild: Mitte). Kräftige Schützenbrüder der Schützengesellschaft St. Blasius Westfeld-Ohlenbach von 1874 packten den Abgeordneten unweit von Lennequelle und Astenturm und stießen ihn mit dem Allerwertesten auf den neugesetzten Grenzstein. „Stutzäsen“ nennt man diesen Vorgang, der noch aus einer Zeit stammt, als es keine Katasterämter gab und die Nachbarn oftmals versuchten, ihr Territorium durch heimliches Versetzen der Grenzsteine zu erweitern. Zeugen des Vorgangs waren jetzt neben gut 200 Schnadegängern der stellvertretende Landrat des Hochsauerlandkreises, Egon Kramer (SPD), sowie die Bürgermeister von Schmallenberg und Winterberg, Rötger Belke-Grobe und Bernd Braun. Prominenter Teilnehmer und zugleich Schirmherr der Schnade war Bundesminister Dr. Norbert Blüm. Foto: Jörg Haase



LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe
Platz des Landtags 1, 4000 Düsseldorf 1,
Postfach 1143.

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 8842303, 8842304 und 8842545, btx: # 56801*

Ständiger Berater der Herausgeberin für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Birgit Fischer MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hagen Tschoeltsch MdL (F.D.P.), Parlamentarischer Geschäftsführer; Beate Scheffler (DIE GRÜNEN), Abgeordnete; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Thomas Kemper (CDU), Pressesprecher; Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher; Werner Stürmann (DIE GRÜNEN), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Herstellung: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf
ISSN 0934-9154

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestellt, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche



Horst Radtke (SPD)

Der Gesprächspartner spürt Horst Radtkes Engagement, wenn dieser — fern jeden Eiferertums — Sätze spricht wie diese: „Ich bin ein fürchterlicher Gegner von Altenheimen, von ‚normalen‘ Altenheimen. Denn dort werden dem Menschen die alltäglichen Funktionen abgenommen, das Essenkochen, das Putzen, das Waschen. Diese Tätigkeiten werden im Altenheim ersetzt und mit Sozialhilfe bezahlt — ein völliger Wahnsinn.“

Beim Thema Altenpolitik wird deutlich, daß der SPD-Landtagsabgeordnete Radtke (50) ein sozialpolitischer Profi ist: 1969 hat er bei der Arbeiterwohlfahrt in seiner Geburtsstadt Essen als Sozialarbeiter begonnen, bereits fünf Jahre später wurde er deren Geschäftsführer. Heute hat die AWO Essen in über 80 Einrichtungen 830 hauptamtliche und 2500 ehrenamtliche Mitarbeiter. Er war bereits Vorsitzender des Sozialausschusses des Rates der Stadt Essen gewesen, als er 1985 erstmals in den Landtag gewählt wurde. Auch hier bringt er seine sozialpolitischen Erfahrungen ein, als Mitglied der Ausschüsse für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie für Kinder, Jugend und Familie.

Wenn keine Altenheime mehr, was dann? Radtke erläutert seine Vorstellungen an Essener Beispielen: Das Land sollte vordringlich den Bau von Altenwohnungen fördern, alte Menschen würden dann aus ihren größeren Wohnungen ausziehen. Für die Altenwohnungen sei ein Betreuungskonzept erforderlich: Neben dem flächendeckenden Netz von Sozialstationen gehörten dazu ambulante Dienste wie Rolllende Küche, Fußpflegestationen, Altenbegegnungsangebote und soziale Hilfsdienste. Nicht ohne Selbstbewußtsein berichtet er von diesem in Essen verwirklichten AWO-Projekt „Betreutes Wohnen für Senioren“, das er als beispielhaft bezeichnet: Der alte Mensch wohnt in einem Appartement, in das er seine Möbel mitbringen kann, nur die Küche ist eingerichtet. Die AWO gewährt acht Pflagetage pro Jahr und sorgt für das Putzen der Fenster. Für jeden Bewohner obligatorisch ist ein Notruf, der schnelle Hilfe garantiert. Zusätzlich zahlen muß der Bewohner für alle weiteren Leistungen.

Aus Radtkes Sicht sollten alle herkömmlichen Altenheime durch solche Wohnformen ersetzt werden. Die Essener AWO strebe an, alle Altenheimplätze in Pflegeplätze umzuwandeln. Hier sei der Bedarf sehr groß. So verfüge die AWO in Essen nur über 750 Heim- und Pflegeplätze, es gebe aber 1600 Wartende auf Pflegeplätze. Ohne jegliches Pathos stellt er fest, „daß ich mit dafür gesorgt habe, daß Altenheimbetten in NRW nicht mehr gefördert werden“. Der Bedarf an Pflegeplätzen werde weiter steigen, denn die Menschen werden „immer älter, immer kränker, immer pflegebedürftiger“. Nüchtern stellt er fest: „Schon jetzt sind 60 Prozent der Heimbe-

wohner bei der AWO Essen geistig verwirrt.“ Für verwirrte Senioren fordert er ein besonderes Konzept zur Unterbringung, denn heute wohnten sie noch „mit allen Gefährdungen“ in Heimen. Zur Zeit baue die AWO in Essen ein Modellhaus für die Unterbringung von Schwerstverwirrten.

Schon während seiner Ausbildung zum technischen Zeichner entdeckte Radtke sein Interesse an sozialer Arbeit, nachdem er erste Erfahrungen etwa bei den Falken oder als Erzieher in einem Kinderheim gesammelt hatte. Er nahm eine zweite Ausbildung in Angriff, die er schließlich mit dem „Diplom-Sozialarbeiter“ abschloß. Er war Gründer des „Vereins für Kinder- und Jugendarbeit in sozialen Brennpunkten“. Durch intensive Sozialarbeit trug er dazu bei, daß in Essen im Laufe der Jahre die meisten Obdachlosen-Unterkünfte geschlossen werden konnten: Die Zahl der Obdachlosen ging von 12000 auf 900 zurück.

„Ich bin kein Ideologe, sondern immer ein Pragmatiker gewesen“, stellt Radtke, der seit 30 Jahren Sozialdemokrat ist, lapidar fest. So hält er es auch nicht für „unbedingt schlimm“, daß die Arbeit im Landtag seine berufliche Tätigkeit ergänzt: „Das wollte ich auch so. Ich glaube schon, daß die praktischen Erfahrungen aus jahrelanger Sozialarbeit mir in der Arbeit hier helfen.“ Dies gelte nicht nur für die Altenpolitik. So hat er sich für mehr Hilfskräfte in den Kindergärten eingesetzt und hält in der Drogenpolitik Methadon dann für unverzichtbar, wenn Menschen sonst ohne Perspektive sind. Gleichzeitig benötige Nordrhein-Westfalen aber dringend erheblich mehr Therapieplätze.

Horst Radtke, Vater eines erwachsenen Sohnes, ist als Briefmarkensammler Mitglied eines entsprechenden Vereins, reist gerne und hält seine Eindrücke auf Video fest.

Ludger Audick

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)

Zur Person

Geburtstagsliste

vom 8. bis 20. Oktober 1992

- 8. 10. **Reinhold Hemker** (SPD), 48 J.
- 10. 10. **Daniel Kreutz** (DIE GRÜNEN), 38 J.
- 11. 10. **Helga Gießelmann** (SPD), 43 J.
- 11. 10. **Horst Radtke** (SPD), 51 J.
- 12. 10. **Günther Einert** (SPD), 62 J.
- 12. 10. **Günter Langen** (CDU), 57 J.
- 13. 10. **Manfred Degen** (SPD), 53 J.
- 14. 10. **Helmut Harbich** (CDU), 60 J.
- 14. 10. **Loke Mernizka** (SPD), 53 J.
- 16. 10. **Klaus Stallmann** (CDU), 47 J.
- 17. 10. **Horst Steinkühler** (SPD), 56 J.
- 20. 10. **Erika Rothstein** (SPD), 57 J.

★
Dr. Jürgen Schwericke (CDU), Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie im Landtag und Chefjurist der Bayer AG in Leverkusen, ist neuer Vorsitzender der Wirtschaftsvereinigung der nordrhein-westfälischen CDU. Schwericke ist Nachfolger von **Peter Jungen**, der zehn Jahre lang amtiert hat.

★
Dr. Michael Vesper, Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion DIE GRÜNEN, ist vom Landtag bei einer Nachwahl als stellvertretendes Mitglied in den Parlamentarischen Untersuchungsausschuß gewählt worden. Er tritt die Nachfolge der Fraktions-sprecherin der GRÜNEN, **Bärbel Höhn**, an die aus dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß ausscheidet. Grundlage der Nachwahl ist das Gesetz über die Einsetzung und das Verfahren von Untersuchungsausschüssen des Landtags Nordrhein-Westfalen vom 18. Dezember 1984.

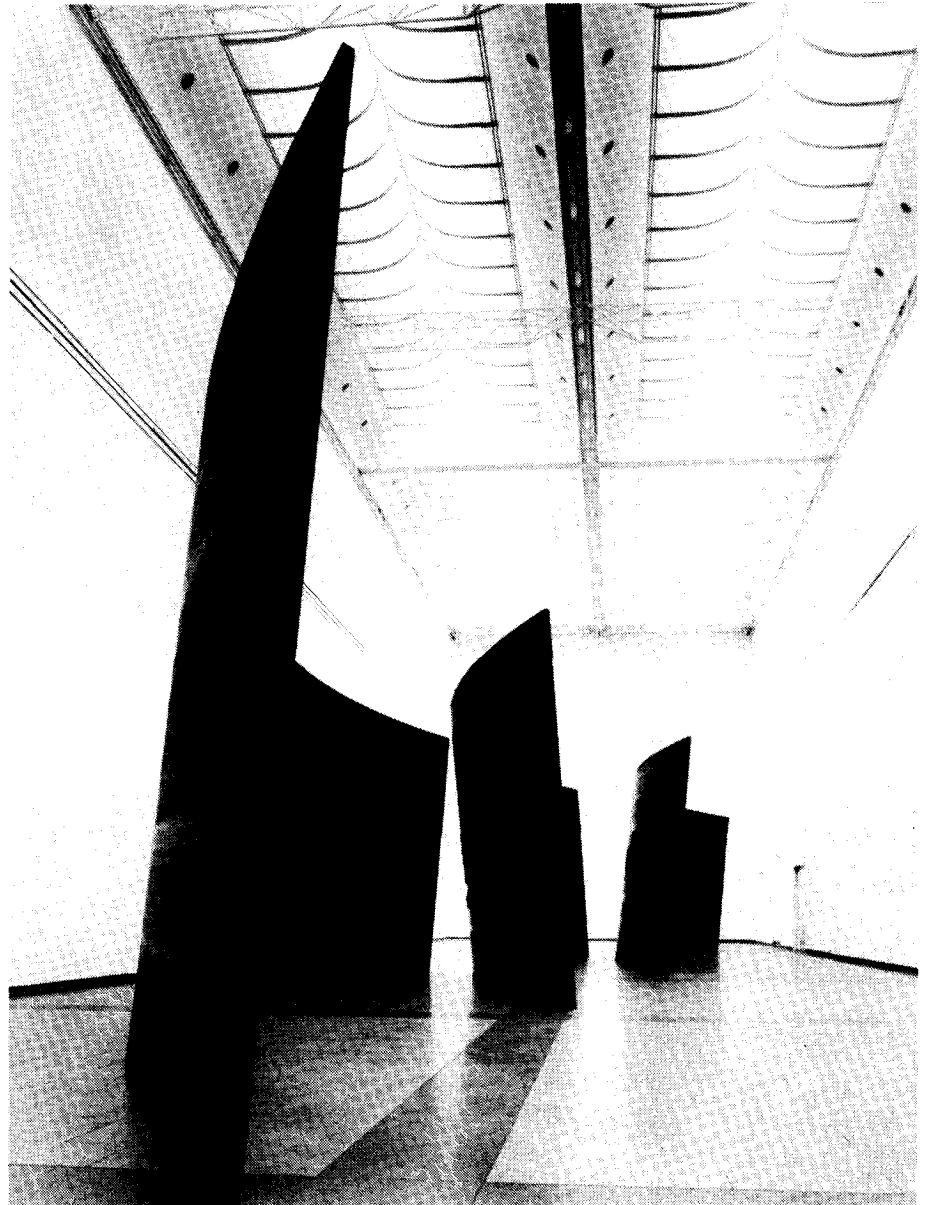
★
Dr. Bernhard Worms (CDU), Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium und früherer Vorsitzender der CDU-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag, bleibt Bundesvorsitzender der Senioren-Union der CDU. Der 62jährige wurde mit 312 von 342 abgegebenen Stimmen bei der Bundesdelegiertenversammlung wiedergewählt. Worms steht seit Ende 1990 an der Spitze der CDU-Senioren-Union, die knapp 50 000 Mitglieder zählt.

★
Uwe Scheidel, Landtagsstenograph, hat beim 3. Hessischen Wettbewerb in Fremdsprachenkurzschrift in Gießen unter 25 Teilnehmern den fünften Platz belegt. An dieser Veranstaltung beteiligten sich Schreiberinnen und Schreiber aus den Niederlanden, der Schweiz und Deutschland. Stenographiert wurde in elf Sprachen. Uwe Scheidel, der 260 Silben in englischer Stenographie beherrscht, stenographierte diesmal in Latein, Niederländisch und Französisch. Außerdem zeichnete er für die englischen Ansagetexte verantwortlich.

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Helmuth Koegel-Dorfs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Augustin Henckel-Donnersmarck, laden zur nächsten Landtagsandacht im Landesparlament ein. Die Andacht findet am Donnerstag, 15. Oktober 1992, um 9 Uhr im Raum E 3 Z 04 des Landtagsgebäudes statt.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



„Running Arcs“, 1992 (for John Cage), hat Richard Serra seine Installation aus Stahlplatten genannt, die bis zum 13. Dezember in der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen, der „Staatsgalerie“ des Landes in Düsseldorf, zu sehen ist. Richard Serra bevorzugt als Arbeitsmaterial Stahl. Mit seinem Werk knüpft er jedoch nicht an die Tradition der Eisenskulptur dieses Jahrhunderts an (Gonzales, Picasso, David Smith), sondern verwendet Stahl eher wie Baumaterial in bezug auf Masse, Gewicht, Gegengewicht, Tragfähigkeit, punktuelle Belastbarkeit usw. Ihn interessieren vorrangig die Geschichte der Technologie und der Industriearchitektur. Zu seinen Vorbildern zählen daher vor allem Ingenieure und Architekten wie Eiffel, Roebing, Maillard und Mies van der Rohe. Die Entscheidung, ortsbezogene Arbeiten aus Stahl zu bauen, führte dazu, daß Stahlwerke zu Serras Atelier wurden und Städteplaner, Ingenieure, Statiker, Transportarbeiter und Monteure zu seinen wichtigsten Helfern. Serras Skulpturen lösen in der Regel ein heftiges Pro und Contra aus. Das hat in New York bereits zur Zerstörung seines Werkes „Tilted Arc“ durch regierungsamtliche Stellen geführt. Sich selbst ein Bild zu machen, aber lohnt immer. Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger des Landes haben bereits ihren Besuch im Landtag mit einem Besuch der Kunstsammlung verbunden.
 Foto: Klein/Kunstsammlung